Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 226. Mittag-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 16. Mai 1865.

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

51. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (15. Mai).

Eröffnung 11¼ Uhr. Die Tribünen sind mäßig besetzt. Am Ministertisch der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow und drei Reg.-Commissare.

Präsident Grabow verliest, wie immer, die Urlaubsgesuche, diesmal jedoch mit dem Bemerken, daß er in dem gegenwärtigen Stadium der Session jedes einzelne Gesuch der besonderen Zustimmung des Hauses sorgfältig unterbreiten müsse. Die heute gestellten Gesuche werden ohne Anstand bewilligt.

Der Präsident verliest ferner zwei Schreiben der Herren Minister des Innern und des Handels, welche Anzeige machen, daß sie vor dem 18. Juni d. M. von ihrer Reise nach dem Rhein nicht zurückgekehrt sein werden. Der Minister Graf zu Eulenburg stellt anheim, bis dahin keinen Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen, bei dessen Verhandlung seine persönliche Anwesenheit vom Hause gewünscht wird. Der Minister Graf Itzenplitz zeigt an, daß der Geh.-R. Krug v. Nidda ihn event. bei der Discussion des Berggesetzes vertreten werde. Der Bericht über das Berggesetz wird, wie der Präsident bemerkt, gedruckt und kann gegen das Ende dieser Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, in welche das Haus nunmehr eintritt, ist die Fortsetzung der Specialdiscussion über die „Fischerei-Ordnung" im Regierungsbezirk Stralsund. Zu dem Gesetzentwurf sind seit der letzten Sitzung mehrere Amendements der Abgeordneten Virchow, Dr. Möller und Chomse eingebracht.

Abg. Rassow beantragt Zurückverweisung des aus dem Herrenhause an das Haus der Abgeordneten gelangten Gesetzentwurfs an die Agrar-Comm., da möglicherweise noch andere Amendements im Laufe der Diskussion eingebracht werden könnten.

Abg. Virchow: Ich finde an sich Nichts gegen den Antrag einzuwenden, ich habe mich eben nur, um das Haus nicht zu belästigen, von weiteren Amendements in wichtigen Punkten enthalten. Das landwirthschaftliche Ministerium ist in der Redaction der Fischerei-Ordnung selten sehr glücklich, da — ich erinnere daran, daß wir schon einmal die Laichschonzeit festgestellt haben — sich in § 34 des Gesetz-Entwurfes eine Stelle findet, die ich nicht habe ändern wollen, um der Regierung nicht vorzugreifen. Sie finden darin, daß Heringe, Hornhechte u. s. w. den Bestimmungen des betreffenden Paragraphen nicht unterworfen sind (Heiterkeit); was vom Standpunkt einer absolutistischen Regierung, die auch über die Natur ihre Herrschaft ausbreitet, immerhin charakteristisch ist, und was bei einer weiteren Verhandlung in der Commission geändert werden könnte (Heiterkeit). Vielleicht hat die Commission selbst den Zusammenhang der einzelnen §§ nicht scharf genug ins Auge gefaßt, denn noch vorgestern haben wir von dem Herrn Referenten gehört, daß das Fischen an Sonn- und Festtagen durch keine Strafe belegt sei, während der § 53 auch diese Uebertretung mit Geldbuße bis zu 30 Thaler belegt. Einer reiflicheren Erwägung ist die Materie noch fähig, doch scheint mir die Zurückverweisung an die Commission nicht eher geboten, als bis wir wissen, daß noch anderweite Amendements eingebracht werden, als die bisher bekannten.

Präsident Grabow: Der Abg. Möller hat eine Redactions-Verbesserung zu dem letzten Alinea des § 34 dahin vorgeschlagen: „Für Heringe, Hornhechte, Lachse, Schnepel (Heiterkeit), Dorsche, flunderartige Plattfische wird eine besondere Laichzeit nicht festgesetzt (große Heiterkeit) — Laichschonzeit nicht festgesetzt." (Anhaltende Heiterkeit).

Nachdem die Abg. Harkort und v. Kathen den Antrag auf Zurückverweisung an die Commission unterstützt haben, wird derselbe von Hause genehmigt.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über die Etats des Ministeriums der landwirthschaftl. Angelegenheiten und der Gestüt-Verwaltung für das Jahr 1865.

Der erste Antrag der Commission, im Etat des Ministeriums der landwirthschaftlichen Angelegenheiten die Einnahmen, Tit. 1. „Kosten-Einnahmen der Auseinandersetzungsbehörden" mit 679,800 Thlr., und Titel 2 „sonstige Einnahmen" mit 2347 Thlr. zu genehmigen, wird ohne Debatte angenommen.

Zu den „Fordauernden Ausgaben", „Besoldungen" hat die Commission den Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären, daß die königl. Staatsregierung nicht berechtigt ist, die den landwirthschaftlichen Vereinen gewährten Zuschüsse von der politischen Gesinnung der Beamten derselben abhängig zu machen."

Abg. v. Saucken-Tarputschen: M. H.! Wenn ich den Antrag der Commission motivire, so gestatten Sie mir zunächst darauf hinzuweisen, daß die Zuschüsse, welche den landwirthschaftlichen Vereinen gewährt werden, auf Grund des Landes-Kultur-Edicts von 1811 ihnen zufließen. Dieses Edict habe die Bildung von landwirthschaftlichen Vereinen angeregt, um die practischen Erfahrungen der einzelnen Landwirthe gegen einander auszutauschen und die Centralstellen zu sichten; die Salarirung der Secretaire sollte aus den königlichen Kassen getragen, die Organisation aber den Vereinen selbst überlassen werden. In Folge dieses Edicts wurden die landwirthschaftlichen Vereine gebildet, deren Statuten zwar der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen, deren Autonomie innerhalb dieser Statuten aber anerkannt ist und unzweifelhaft feststeht. Der General-Secretair solcher landwirthschaftlichen Vereine hat eine sehr umfassende Thätigkeit zu entwickeln, die Beantwortung der an ihn gerichteten Anfragen und die Berichterstattung im Allgemeinen nehmen seine Zeit so sehr in Anspruch, daß der Zuschuß, den er von der Regierung erhält, nur als ein geringes Entgelt für seine großen Leistungen zu betrachten ist. M. H.! Die Staatsregierung hat die Verpflichtung, die Gelder, welche sie auf Grund des Landeskultur-Edicts verlangt und erhält, auch für diese Zwecke zu verwenden und nicht andere Zwecke hineinzuziehen, wie es in dem Falle, um den es sich hier handelt, geschehen ist.

Der Herr Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hat, wie der Regierungs-Commissarius in der betreffenden Commissionssitzung bemerkte, auf ihm „zufällig" gewordene „amtliche" Mittheilungen — merkwürdig, daß eine amtliche Mittheilung „zufällig" geschehen kann — also auf solche Mittheilungen, daß der General-Secretär des ostpreußischen landwirthschaftlichen Centralvereins sich der Fortschrittspartei angeschlossen habe, dem Vorstande dieses Vereins unter dem 18. Septbr. v. J. eröffnet, daß, wenn der bisherige General-Secretär bei Ablauf seiner Wahlzeit im Februar 1866 für die folgenden Jahre wieder gewählt werden sollte, er, der Herr Minister nämlich, es für unzulässig erachten würde, zu dessen Gehalte aus Staatsmitteln etwas beizutragen. Der Herr Minister, bemerkte sein Commissarius, vindicirt sich das Recht, auch bei der Bewilligung der zur Salarirung von Vereins-Secretären bestimmten Fonds zu prüfen, ob die Verwendung in zweckentsprechender Weise erfolge, die Bewilligung des Staatsgehalts also zu versagen, wenn der Verein eine ungeeignete Person zum General-Secretär wählen sollte. Nun, m. H., seitdem das Landescultur-Edict besteht, ist es nie einem Minister eingefallen, ein solches Recht in Anspruch zu nehmen; das verdanken wir erst dem Herrn Minister v. Selchow; aber ich kann nicht umhin, zu bemerken, daß ich ein solches Verfahren der Staats-Regierung für vollständig ungerechtfertigt halte. Weshalb aber soll der General-Secretär, von dem die Rede hier ist, eine ungeeignete Person sein? Weil er mit der Fortschrittspartei gewählt hat. Der Regier.-Commissar sagt, eine extreme politische Richtung beeinträchtige die Wirksamkeit des General-Secretärs.

Nun, meine Herren! Ihnen ist es bekannt, daß die Staatsregierung jede Richtung, die ihr entgegensteht, für eine extreme hält. Wenn ein Beamter also an der Spitze eines Vereins steht, der eine andere Ansicht hat, als das Ministerium, so ist ein Nutzen seiner Wirksamkeit nicht denkbar. — Meine Herren! Dem General-Secretär liegt auch die Vertheilung und Bewilligung der Prämien ob, und da die Partei des Herrn Ministers in der Provinz Preußen nur in ganz vereinzelten Bruchtheilen vorkommt, so ist es ganz natürlich, daß sich die Prämiirungen nach diesem Zahlenverhältniß richten, aber so lange der Centralverein besteht, ist es noch nie vorgekommen, daß ein Aussteller gefragt worden ist, zu welcher Partei er gehöre; zu dieser Unredlichkeit von unserer Seite ist nicht der Schattten eines Argwohns vorhanden. — Ueber den General-Secretär bemerkte der Regierungs-Commissar dann weiter, daß der Ober-Präsident günstiger über seine Wirksamkeit in einem späteren Berichte sich ausgesprochen und der Hoffnung Raum gegeben habe, daß derselbe einer ihm abgegebenen Erklärung zufolge ein regierungsfeindliches Verhalten ferner nicht beobachten werde. Wie gesagt, der Mann hat weiter nichts gethan, als mit der Fortschrittspartei gewählt, was also soll seine Erklärung besagen? Entweder, daß er seine bisherige Ueberzeugung ändern, oder sein Stimmrecht aufgeben wolle. Ich weiß nicht, was er erklärt hat, und lasse diesen Punkt damit fallen, aber, meine Herren, was bedeutet für die Provinz Preußen das Verfahren der Regierung? Mit Kleinem fängt man an, mit Großem hört man auf. Wenn man diesem Verfahren auf den Grund geht, dann bedeutet es den Ausschluß der ganzen Fortschrittspartei von den wirthschaftlichen Wohlthaten, zu denen wir die Gelder aus Staatsmitteln bewilligen.

Der Herr Minister hat, beiläufig bemerkt, durch seinen Commissarius die Fortschrittspartei für eine fanatische Partei erklären lassen, und wenn Sie bedenken, daß diese Partei in der Provinz Preußen alle Schichten der Bevölkerung umfaßt, so werden Sie zugestehen, daß mit dieser Partei die ganze Provinz Preußen von den wirthschaftlichen Wohlthaten, die mit den Geldern der Steuerzahler ermöglicht werden sollen, fortan ausgeschlossen sein würde. Und da will man sich wundern, daß in der Provinz Preußen der Gedanke, Steuern zahlen zu müssen, wenn man es nicht mit einer parteilosen, sondern mit einer — was soll ich anstehen es zu sagen — mit einer von Parteifanatismus durchdrungenen Regierung zu thun hat, nicht sehr populär ist? Um eine einzige Wahlstimme zu kaufen, oder vielmehr trocken zu legen, hat sich die Regierung entschlossen, Gelder, welche für bestimmte Zwecke bewilligt werden, für diese Zwecke nicht verwenden zu wollen. M. H.! Das ist die Sachlage; ich bitte Sie, für den Antrag der Commission zu stimmen. (Bravo.)

Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow: Ich bin nicht in der Lage, dem Vorredner auf alle seine einzelnen Angriffe gegen die Regierung zu antworten. Ich glaube das berührt auch gar nicht die hier vorliegende Sache. (Große Heiterkeit.) Die Entscheidung des landwirthschaftlichen Ministerii ist in der That nicht von den hier vorgebrachten Motiven geleitet gewesen, aber auf den Spezialfall einzugehen, muß ich mich enthalten, weil ich es für unrecht und gegen die gewöhnlichen Regeln der Courtoisie verstoßend erachten muß, über Personen sich zu äußern, die im Hause nicht zugegen sind. Ich kann also nur über das Prinzip sprechen, über das allein es sich hier handelt, zumal der Spezialfall noch gar nicht zur Entscheidung gelangt ist.

Das Cultur-Edict vom 14. September 1811, auf welches die Commission ihren Antrag stützt, ist bis zum Jahre 1843 niemals zur Ausführung gekommen, und auch gegenwärtig ist das, was im Cultur-Edict den landwirthschaftlichen Vereinen versprochen worden, nur zu einem ganz geringen Theile zur Ausführung gebracht worden. So geschieht es denn auch heute nur zum geringen Theil, daß die Salarirung der Sekretäre von landwirthschaftlichen Vereinen, aus der Staatskasse, welche im Edict denselben in Aussicht gestellt wurde, gewährt wird. Lange nicht der zehnte Theil der heute bestehenden landwirthschaftlichen Vereine erhält aus der Staatskasse diese Unterstützung. Es haben seit neuerer Zeit die landwirthschaftlichen Vereine in allen Provinzen vielfach eine veränderte Organisation erfahren. Es haben sich namentlich aus den Lokalvereinen Centralvereine gebildet, und die Generalsekretäre dieser Vereine werden allerdings aus den zu diesen Zwecken disponiblen Staatsgeldern salarirt. Diese Staatshilfe wird aber in sehr verschiedenem Maße gewährt, von 200 bis 3, 4 ja bis 600 und 750 Thlr., je nachdem die betreffende Person bereits sonst ein auskömmliches Einkommen besitzt, und immer unter der Bedingung, daß der Verein selbst mit seinen Mitteln den größten Theil der Besoldung trägt. Den Lokalvereinen aber ist bis jetzt noch keine Subvention von der Regierung bewilligt worden. Im Etat ist für diese Zwecke nur im Allgemeinen eine Summe zur Disposition gestellt. Ein bestimmter Zwang, wem diese Subvention zuzuwenden sei, besteht also nicht, und ich muß daher die Ansicht, als habe die Regierung die ihr übergebenen Mittel nicht zu dem vorgeschriebenen Zwecke verwendet, auf das Bestimmteste entgegentreten.

Das Landescultur-Edict stellt in Aussicht, die Generalsecretäre zu besolden; das geschieht thatsächlich wenigstens theilweise. Wollte man aber deshald behaupten, die Regierung müsse dem Secretär eines jeden Vereins, mag er als Beamten aufstellen, wen er will, die nöthigen Mittel gewähren, so würde man zu weit gehen (Heiterkeit). Ich muß im Gegentheil diese Frage verneinen. Es wäre eine Anomalie, von der Regierung zu verlangen, sie dürfe sich, wenn sie einen Beamten unterstützen soll, nicht vorher überzeugen, ob der Mann auch seine Schuldigkeit thut (Unruhe). Wenn er also seine Zeit auf Beschäftigungen verwendet, die ihn von der Landwirthschaft abführen und ihn nöthigen müssen, sie zu vernachlässigen, wenn er z. B. Politik treibt und politische Zeitschriften herausgiebt u. s. w. (Aha!), so würde es ganz unverantwortlich von der Regierung sein, einem solchen Mann jene Gelder zuzuweisen (große Unruhe). Ich wiederhole, ich halte es für eine Anomalie, für die mir eine Analogie nicht bekannt ist, daß die Regierung einem Beamten ein Gehalt giebt, ohne sich, wie man zu sagen pflegt, den Mann vorher anzusehen. Ich muß fest darauf beharren, daß die Regierung das Recht hat, die Gelder zu diesem Zwecke zu verwenden, wie sie es für angemessen findet (Hört!). Es ist meinerseits von jeher mein eifrigstes Bestreben gewesen, politische Bestrebungen von der Landwirthschaft fern zu halten (lebhafter Widerspruch). Mir ist kein Fall bekannt, wo die Regierung politischen Bestrebungen auf diesem Gebiete Vorschub geleistet hätte (große Unruhe). Ich bitte, mir einen solchen Fall nambaft zu machen. Das landwirthschaftliche Ministerium hat im Gegentheil mehr wie einmal Anlaß genommen, sein Bestreben, die Politik auszuschließen, zu beweisen (große Heiterkeit), damit kann aber gewiß nicht gesagt sein, daß sie nicht das Recht habe, sich um die Qualification des Mannes, um den es sich hier handelt, also auch um die politische Seite der Frage, zu kümmern (Unruhe). Ich bitte Sie dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Abg. v. Gottberg: M. H.! An und für sich ist gegen den Antrag der Commission nicht viel einzuwenden. Auch wir sind der Meinung, daß die politische Frage nicht ins Spiel kommen solle, denn gelegentlich könnte ein solches System, wenn es einmal ein liberales Ministerium giebt, auch gegen unsere Partei angewendet werden. Aber es handelt sich hier um ein Mißtrauensvotum, oder vielmehr Tadelsvotum gegen das Ministerium in diesem bestimmten Fall, und deshalb sind wir gegen den Antrag der Commission. Die Regierung hat die Weiterzahlung des Zuschusses verweigert, weil der General-Secretär mit Politik sich befaßt habe, und ich glaube, daß, wenn es irgend ein Gebiet giebt, wo die Politik ganz ausgeschlossen sein muß, so ist es das der landwirthschaftlichen Vereine. In diesen Vereinen begegnen sich alle Parteien; die Mitglieder ihrer Commissionen sind aus allen Parteien gewählt; weil dem aber so ist, so soll man auch verlangen, daß der General-Secretär sich möglichst unparteiisch in seiner Geschäftsführung halte. Das ist hier nicht der Fall. Der General-Secretär, um den es sich handelt, hat sich der Fortschrittspartei angeschlossen, für diese gewirkt (Widerspruch links) und gewählt. Durch seine Stellung in und zur Fortschrittspartei hat er die conservativen Mitglieder des Vereins in ihren Interessen beeinträchtigt. Wenn der Herr Abg. v. Saucken auf die Unparteilichkeit bei Vertheilung der Prämien hingewiesen hat, so ist das ein Verhalten, das sich ganz von selbst versteht. Ich will ihn aber, aber, was die Duldsamkeit der Fortschrittspartei anbetrifft, auf den Commissionsbericht selbst und darauf verweisen, daß der conservative Director der Academie zu Waldau wegen dieser Gesinnung angefeindet wird, und daß die Commission wiederholt auf dessen Entfernung angetragen hat, um ihn durch einen liberalen zu ersetzen. Wenn es sich also um einen liberalen General-Secretär handelt, so soll er in seiner Stellung erhalten werden, wenn es aber um einen conservativen Director sich handelt, dann muß er entfernt werden. Ich frage, wo da die Unparteilichkeit zu suchen ist?

Abg. Dr. Benda (auf der Journalistentribüne schwer verständlich), spricht sich zunächst über die Tüchtigkeit des General-Sekretärs aus, dem Jeder das beste Zeugniß ausstelle. M. H.! Man spricht von politischen Agitationen. Wir Liberalen in der Provinz Preußen haben unsere Gesinnung mit der Muttermilch eingesogrn; bei uns braucht die Fortschrittspartei nicht erst zu agitiren und sie thut es auch nicht, am wenigsten in den landwirthschaftlichen Vereinen, in welche der Herr Minister erst eine politische Agitation hineingetragen haben wird, wenn er bei seinen Absichten beharrt. M. H.! Wir können uns dabei nicht beruhigen. Sollen wir constitutionelle Bürger, oder gehorsame Diener der Willkür sein? Ich schätze die Interessen der Landwirthschaft hoch, aber höher steht mir die persönliche Ehre. M. H.! Wir müssen den General-Sekretär schützen. Was der Herr Commissarius in der Commission über politische Zwistigkeiten innerhalb der Vereine gesagt hat, ist nicht gerechtfertigt; ich finde in seiner ganzen Darstellung lediglich nur eine Verdächtigung der landwirthschaftlichen Vereine. Schließlich kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß man hier so recht deutlich sieht, was das Regieren heißt, wenn ein Ministerium sich blos auf eine kleine Minorität stützen kann. Regieren heißt dann nicht mehr die Geister führen, sondern mit allen Mitteln, und wären es die verzweifeltsten, sie niederzudrücken, um der Regierung die Majorität zu erwerben. (Bravo.)

Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, v. Selchow: Die Erklärung meines Commissars in der Commison ist vollständig aus den Acten geschöpft; es handelte sich nicht um einen einzelnen Verein, der aus dem Central-Verein ausgeschieden ist, sondern darum, daß sehr viele Anträge bei mir vorgelegen haben, einen neuen Central-Verein zu bilden, der eine Menge neuer Lokal-Vereine umfassen sollte, um auf diese Weise für jene Provinz ein Gegengewicht gegen die Bestrebungen der Fortschrittspartei in den übrigen landwirthschaftlichen Vereinen herzustellen (hört! hört!), und daß ich darauf die Erklärung abgegeben habe, daß ich meine Hand nicht dazu bieten könne, diese politische Agitation in die landwirthschaftlichen Vereine zu tragen. Das ist der Standpunkt, den ich stets und auch heute noch innegehalten habe. Ich kann nur meine Bitte wiederholen, den Antrag abzulehnen.

Abg. v. Saucken (Julienfelde): M. H.! Es handelt sich hier um eine Persönlichkeit, die auch ohne Nennung des Namens hinlänglich gekennzeichnet ist. Ich kenne diesen Mann aus seiner geschäftlichen Stellung; die von ihm herausgegebenen land- und forstwirthschaftlichen Zeitungen werden allgemein anerkannt, als Generalsekretär der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe hat er eine Thätigkeit entwickelt, welche beinahe das menschliche Maaß überschritt, und ich hätte geglaubt, der Mann würde von dem Hrn. Minister dafür eine Anerkennung oder Belobigung erhalten (hört! hört!). Als ich meine Verwunderung darüber aussprach, erst da sagte man mir in Königsberg: wundern Sie sich nicht, der Mann gehört zur Fortschrittspartei. Ja, der Mann treibt Politik, er verletzt die Feudalen dadurch, daß er einen Fortschrittsmann gewählt hat. Kann er, können wir denn unser Amt dadurch verletzen, wenn wir am Wahltisch gewissenhaft stimmen? Was würde Herr v. Gottberg sagen, wenn der Mann einen Feudalen wählte und die Fortschrittspartei deshalb seine Entlassung forderte? (Sehr richtig!)

Ja, wenn er politische Propanda machte, dann müßte er entfernt werden. Ich habe es vermeiden wollen, Angriffe gegen die Regierung auszusprechen, so viel als möglich, aber die politischen Maßnahmen nach allen Richtungen hin gegen Leute, die im Amte stehn, wenn sie anders wählen, als die Regierung es wünscht, nehmen in einer Weise überhand, daß alles Maß, das bisher in dieser Beziehung eingehalten ist, weit überschritten wird. Ich könnte Ihnen heute einen Fall nennen, ich will ihn aber nicht näher bezeichnen, der Sie alle auf das Tiefste ergreifen würde. Ich will nur anführen, daß ein Mann deshalb gemaßregelt wurde, weil er seine amtliche Stellung mit Billigkeit und Gerechtigkeit geübt hatte, die Folgen aber dieser seiner Handlungsweise waren dem Justizminister unangenehm und in Folge dessen mußte er leiden. Und weiter! Ich bin, seitdem der landwirthschaftl. Verein für Litthauen und Masuren existirt, Mitglied dieses Vereins. Meine Herren! Ich kann aus eigener Anschauung behaupten und jeder in dieser Versammlung, der den Verein beobachtet hat, wird es bestätigen, daß er in der Provinz segensreich gewirkt hat. Eine solche Wirkung ist unmöglich ohne das Vertrauen der Mitbürger und ihre allgemeine Betheiligung an dem Verein. Lesen Sie das Verzeichniß der Mitglieder des Vereins für Litthauen, alle Schichten der Bevölkerung, der Reichste wie der Aermste, der Vornehmste wie der Geringste in der Provinz, haben sich an ihm betheiligt. Lesen Sie — und das richte ich speziell an den Hrn. Minister — das Verzeichniß seiner Vorstands-Mitglieder. So viel politische Parteien in diesem Hause vertreten sind, so viel Männer von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken werden Sie in dem Vorstande finden. Der Verein besteht zu $^9/_{10}$ aus Fortschrittsleuten: wenn diese Leute trotzdem ihre entschiedensten politischen Gegner in den Vorstand wählen, dann dürfen Sie nicht sagen, daß der Verein Politik treibe (lebhafte Zustimmung), dann hat er bewiesen, daß er seiner großen Aufgabe gewachsen und sich ihrer bewußt ist.

Das sachliche Interesse war stets die einzige Regel des Vereins, aber es schmerzt mich, daß der Hr. Minister die in ihm herrschende Einigkeit möglicherweise untergraben wird. Ich spreche es hier offen aus: ich habe die Maßnahmen des Hrn. Ministers in vielen Fällen mit Freuden begrüßt und ich sage ihm meinen Dank dafür. Er hat sich mit warmem Interesse den landwirthschaftlichen Vereinen hingegeben und erkannt, daß er des Bindemittels der Vereine nicht entbehren kann, wenn er die Landwirthschaft fördern will. Verlangt er aber von uns, daß wir bei der Wahl des Generalsecretärs auf die politische Stellung des zu Wählenden Rücksicht nehmen, dann trägt der Her Minister eine Action in den Verein hinein und die Gegenaction, die Reaction wird nicht ausbleiben. Aber der Verein, davon bin ich fest überzeugt, wird todt gelegt werden. Ich bitte den Hrn. Minister dringend, von dieser Maßregel abzustehen, die für die Vereine ebenso verderblich, wie im Allgemeinen sittlich werwerflich ist. (Lauter und vielseitiger Beifall).

Minister der landwirthschaftl. Angelegenheiten v. Selchow: Ich habe mit Freuden aus dieser Darlegung die erfolgreiche Wirksamkeit des landwirthschaftlichen Central-Vereins für Litthauen und Masuren vernommen. Von dieser aber ist hier gar nicht die Rede gewesen. (Verwunderung.) Die Personen, um die es sich hier handelt, habe ich gebeten, ganz fortzulassen (große Heiterkeit), da die Sache noch gar nicht zur Entscheidung gelangt ist, und ich glaube, es hätte dessen nicht bedurft, an die Regierung einen Antrag zu richten, wie sie sich für künftige Zeiten zu benehmen habe. Eine politische Agitation ist bis jetzt von Seiten der Regierung in dieser Angelegenheit ganz gewiß nicht geschehen.

Abg. Papendieck: Wenn der Herr Minister den Zuschuß aus Staatsmitteln fortfallen lassen will, so trifft er damit nicht den General-Secretär, sondern den Central-Verein, dem dieser Zuschuß bei dessen Gründung zugesichert worden ist. Was die Leistungen des General-Secretärs anbelangt, so hat der Central-Verein dieselben durch eine bedeutende Gehaltserhöhung gewürdigt. Der General-Secretär bezieht jetzt 1300 Thlr. Der Centralverein selbst ist in so erfreulichem Aufschwunge begriffen, daß er jetzt 32, anstatt der früheren 23 Lokalvereine zählt. Der Herr Minister müßte die Wirksamkeit dieses Central-Vereins hoch anerkennen, wenn ihm die Culturzwecke wirklich so sehr am Herzen liegen. Sollte der General-Secretär durch einen conservativen Mann ersetzt werden, so würde dies sehr zu beklagen sein, denn nichts wäre sicherer, als daß die liberalen Landleute von den Vereinen sich zurückziehen würden, weil sie sich sagen würden, daß es in der That um eine politische Agitation sich handle. (Bravo!)

Abg. v. Hennig: Ich frage Sie, m. H., welche Logik in den Auslassungen des Abg. v. Gottberg liegt. Jeder Mensch hat durch die Verfassung das Recht, zu wählen. Wenn er dies nach der einen Seite thut, so kann er unmöglich auf der anderen Seite gleich als parteiisch erscheinen. Wird dies behauptet, so weiß ich nicht, wie man das Wahlrecht aufrecht erhalten will, ohne die allergrößeste Tyrannei auszuüben. Der Abg. v. Gottberg befindet sich ja selbst in einer Stellung, bei welcher man von ihm behaupten könnte, er sei parteiisch (hört! hört!). Ein Landrath, der Amtsblätter und die Provinzial-Correspondenz vertheilen muß, von dem kann man wohl sagen, daß er parteiisch ist, wie man dies aber bei der Stellung des General-Secretärs begründen will, vermag ich nicht einzusehen. Ferner hat sich der Abg. erlaubt, die Commission zu verdächtigen, als verlange sie die Entfernung des Directors der Akademie zu Waldau aus dem Grunde, weil er ein Kreuzzeitungsritter sei. Das ist nicht der Fall; Motive darf man Niemand unterschieben. Im Commissionsbericht ist gesagt, daß die Schülerzahl unter diesem Director von 48 auf 10 herabgesunken sei. Nun, m. H., ein Beamter, der ein Staatsinstitut nutzlos macht, wird wohl entfernt werden müssen. Wenn die Politik hineingemischt ist, so ist dies von dem Regierungs-Commissar geschehen, der da gesagt hat, die Gutsbesitzer wären alle liberal und wollten deshalb ihre Söhne nicht dem Institut anvertrauen (Heiterkeit). Dem ist aber nicht so, sie senden ihre Söhne nicht dorthin, weil sie der Ansicht sind, daß der Director nicht befähigt zur Leitung des Instituts sei und daß ihre Söhne dort nichts lernen würden (hört! hört!). Der Herr Minister hat es gewagt, den landwirthschaftlichen Vereinen die ihnen gesetzlich verbürgte Wahlfreiheit ihrer Beamten zu beeinträchtigen im Sinne einer Partei, denn die Regierung ist ja nur eine Partei, es ist eigentlich keine Regierung (Heiterkeit). Das Strafgesetz verbietet ausdrücklich, Wahlstimmen zu kaufen, und was ist das Ver-

fahren der Regierung anderes, als ein indirecter Kauf? Die Regierung ist nur auf einem Umwege dem Strafgesetz entgangen. Der Hr. Minister sagt, wir sollen keine Anträge für die Zukunft stellen. Wenn wir aber sehen, daß die von uns zu Landes-Culturzwecken bewilligten Gelder zu politischen Agitationen für das Ministerium benutzt werden, so müssen wir diese Gelder in Zukunft verweigern und ich bitte deshalb um Annahme des Commissions-Antrages. (Bravo!)

Abg. v. Gottberg: Der Abg. v. Saucken-Julienfelde hat mich gefragt, ob ich ebenso urtheilen würde, wenn der General-Sekretär für mich gestimmt haben würde. Ich habe immer die Ansicht ausgesprochen, daß die Politik von den landwirthschaftlichen Vereinen fern gehalten werde, weil ich der Ansicht bin, daß ihre Wirksamkeit dadurch beeinträchtigt wird. Abg. v. Hennig hat meine Stellung als Landrath mit der des General-Sekretärs verglichen. Der Unterschied liegt aber auf der Hand, da ich als Landrath die Befehle meiner vorgesetzten Behörde ausführe, also nur meine Pflicht thue.

Abg. Dr. Virchow: Wenn das richtig ist, was im Commissionsberichte steht, so geht daraus hervor, daß der Hr. Minister in einen Verein ein politisches Motiv hineingebracht hat, und er wird den Vorwurf nicht zurückweisen können, daß er es ist, der den Verein nach einer bestimmten politischen Richtung hin leiten will. Gegen diesen Vorwurf hat sich der Minister zu vertheidigen und er darf uns nur den Wortlaut seines Erlasses an den landwirthschaftlichen Centralverein mittheilen. Der Herr Minister muß dabei auf die Personenfrage eingehen, und ich möchte ihn dringend bitten, um seine amtliche Stellung vor dem Lande zu rechtfertigen, uns mitzutheilen, was er an den Verein geschrieben hat.

Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow: Was in dem Berichte Ihrer Commission enthalten ist, ist richtig; der Gedanke ist vollständig mir angenehm, und ich habe nichts weiter hinzuzufügen, als die Wiederholung meiner Erklärung, daß die Regierung bei der Auffassung verharren wird, wenn sie einem Beamten Gehalt giebt, sich auch zu fragen, ob dieser Beamte ihr zusagt. (Murren.)

Nachdem der Berichterstatter darauf aufmerksam gemacht, daß die Gelder, um welche es sich handele, lediglich zu Landes-Culturzwecken bewilligt seien, wird abgestimmt und der Antrag der Commission mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu den Bemerkungen der Commission, hinsichtlich der landwirthschaftlichen Akademie zu Waldau, ergreift das Wort der

Abg. Wachler: In der Commission wurde der Antrag gestellt, die landwirthschaftliche Akademie zu Waldau aufzuheben, da es sich nicht rechtfertigen lasse, so viele Mittel für dieselbe aufzuwenden. Der Antrag ist nicht aufrecht erhalten, und ich will darauf nicht weiter eingehen. Dagegen ist bei Gelegenheit der Besprechung dieses Instituts das Verhalten des Directors derselben zur Sprache gekommen, und man kann aus dem Berichte die Motive nicht so entnehmen, daß es eines weiteren Eingehens darauf nicht bedürfte. Der Director der Anstalt heißt Wagener und ist der Bruder unseres Mitgliedes, des Abg. Wagener. In Bezug auf denselben enthält der zweite Bericht der Untersuchungs-Commission den Grund, warum die unter seiner Leitung stehende Anstalt in Verfall gerathen ist, und diesen Grund will ich Ihnen mittheilen. Bei dieser Anstalt war der Dr. med. Senftleben auf Grund eines mit dem Director abgeschlossenen Vertrages, der von der Regierung nicht bestätigt war, angestellt. Kurz vor den letzten Wahlen erhielt dieser Arzt von dem Director Wagener ein Schreiben, worin derselbe das abgeschlossene Engagement, ohne den Dr. Senftleben protokollarisch vernommen zu haben, aufhebt. Auf seinen Recurs an das Ministerium hat Dr. Senftleben den Bescheid erhalten, daß er in seiner bisherigen Stellung bei der Akademie zu Waldau nicht mehr geduldet werden könne, weil er, nach Anzeige des Directors, für die Wahlen der extremsten demokratischen Partei gewirkt habe. Dr. Senftleben hat versichert, daß er zu jener Zeit noch nicht gewußt habe, nach welcher Richtung hin er bei den bevorstehenden Wahlen wählen würde. Er habe allerdings mehrfach Schriften und Wahlaufrufe der demokratischen Partei zugesendet erhalten, und diese dem Director Wagener, der damals gerade von ihm ärztlich behandelt wurde, und ihn um Lectüre bat, zum Lesen gegeben. (Heiterkeit.)

Der Director Wagener habe demnächst unter Mittheilung dieser Schriften gegen ihn denuncirt. (Ruf: Pfui! Pfui!) Ob ein so perfider Bruch des Vertrauens zwischen Arzt und Kranken stattgefunden hat, will ich nicht untersuchen, ich bemerke aber, daß der Commissionsbericht sich in den Händen der Behörde befindet und nicht widerlegt worden ist. Ich muß also die Versicherung des Dr. Senftleben für richtig halten. Daß der Director Wagener Denunciant beim Ministerium gewesen ist, geht aus den Acten hervor. Der Fall beweist, zu welchen Mitteln man greift, um auf die Gesinnung der Staatsbürger einzuwirken. Da liegt denn auch der Grund nahe, warum die sogenannten freisinnigen Landwirthe ihre Kinder dieser Anstalt nicht anvertrauen wollen (sehr wahr!). Wenn es bekannt wird, daß der Director das Vertrauen seines Hausarztes in solcher Weise mißbraucht, kann man es den Eltern nicht verdenken, wenn sie ihre Kinder nicht in eine solche Anstalt bringen wollen. M. H.! Sie können fragen, warum ich immer von Zeit zu Zeit mit der Untersuchungs-Commission hervortrete (Heiterkeit). Der Grund liegt darin: in der gegenwärtigen Zeit, wo wir von allen Seiten hören, welche Regierungskunst angewendet wird — selbst gegen Impfungen, von denen man fürchten könnte, daß sie den Kindern demokratische Lymphe einimpfen (Heiterkeit) — muß man dieselbe recht oft öffentlich zur Sprache bringen. Das ist gegen diese systematische Maßregelei von oben das einzige Mittel, und in dieser Beziehung könnten die Berichte der Untersuchungscommission ein Urkundenbuch sein, welches leider nicht fortgesetzt ist, sonst würde es eine merkwürdige Urkunde bilden, um den zukünftigen Geschlechtern zu beweisen, unter welchem Drucke wir gelebt haben und dennoch im Stande gewesen sind, uns verfassungsmäßig zu bewegen (Heiterkeit. Bravo.).

Minister v. Selchow: Es ist mir ebenso wenig bekannt von den Thatsachen, die hier vorgetragen sind, als von den Untersuchungsacten, die ich nie gesehen habe, ja ich möchte beinah sagen, es ist mir nicht einmal bekannt, von welcher Untersuchungs-Commission die Rede ist. (Große Sensation). Was die Sache selbst betrifft, so ist mir nur soviel geschäftlich bekannt geworden, daß es sich um die Entlassung eines Arztes, nicht eines Beamten gehandelt hat, eines Arztes, den der Anstalts-Director auf Grund eines Contractes engagirt hatte, und den er nach Ablauf des Contractes jederzeit entlassen konnte. Wenn hier eine spezielle Thatsache angeführt worden ist, die den Director mit Verdacht gegen jenen Mann erfüllt hat, so darf ich mich über diese Seite gar nicht auslassen, weil mir von der ganzen Geschichte kein Wort bekannt ist. (Große Unruhe. Widerspruch.) Soviel ist mir bekannt, daß der Director Wagener sich bisher durchaus als ein Ehrenmann von Charakter benommen hat (Heiterkeit) und er sich in seiner Stellung als Landwirth bei der Akademie zu Proskau und auch sonst überall rühmlichst bewährt hat, so daß ich bis dahin keine Veranlassung gehabt habe, ihn von dort abzuberufen, so sehr ich jetzt auch beklagen muß, daß die Anstalt selbst nur eine so geringe Anzahl von Schülern hat. Ich bin der Frage schon nahe getreten, ob, wenn das so fort geht, die Anstalt nicht einzuziehen sei. Es kommt dabei aber in Betracht, daß der Provinz Preußen damit wahrscheinlich kein Dienst geleistet würde, und Sie werden daher der Regierung die freie Entschließung darüber überlassen müssen.

Abg. Dr. Möller: Die Entgegnung des Herrn Ministers hat mich in zweifacher Weise überrascht. Der Hr. Minister v. Selchow, der zugleich der Abg. v. Selchow ist, hat gesagt, daß er von der Untersuchungs-Commission des Abgeordnetenhauses nichts wisse. Ich glaube der Abg. v. Selchow hätte die Pflicht, sich von dem Gange der Verhandlungen des Hauses in Kenntniß zu halten, und allbekannte Thatsachen nicht vollständig zu ignoriren. Zweitens muß ich bemerken, daß die Papiere des Dr. Senftleben durch meine Hände gegangen sind und daß ich mich überzeugt habe, daß das Schreiben vom 25. Oktober an denselben von dem Herrn Minister eigenhändig unterzeichnet ist (hört! hört!), was er jetzt ableugnet. Dem Abg. Wachler muß ich bemerken, daß die von ihm angeführten Thatsachen allerdings buchstäblich wahr und in der Provinz bekannt sind, daß sie nicht dazu beigetragen haben, Achtung und Vertrauen gegen die Persönlichkeit des Directors Wagener zu erhöhen, läßt sich wohl denken. An die Beseitigung der ganzen Anstalt hat aber die Commission aus einem ganz anderen Grunde gedacht, nämlich deshalb, weil die wissenschaftliche Befähigung des Directors nicht der Art ist, um die Anstalt zweckmäßig zu leiten.

Minister v. Selchow: Es scheint hier mir in der That ein Mißverständniß vorzuliegen. Ich habe niemals etwas in Abrede gestellt, was ich gesagt oder gethan habe, am Wenigsten einen amtlichen Bericht. Auch das Verhältniß ist mir nicht unbekannt, daß der Arzt entlassen worden ist, wohl aber sind mir die Thatsachen unbekannt, die in den Acten der Untersuchungscommission liegen, und daß sie Veranlassung gegeben haben zu der Differenz zwischen dem Director und dem Arzt. Die Verfügung, welche ich in der Sache erlassen, werde ich niemals desavouiren. Ob ich die Pflicht habe, die Untersuchungscommission zu kennen oder nicht, darüber bitte ich, mir selbst das Urtheil zu überlassen.

Abg. v. Hoverbeck: Die Commission hat nicht die Absicht gehabt, die Sache zu ändern, so lange das gegenwärtige Ministerium existirt; wir betrachten die Sache in Waldau ungefähr wie einen Mäusefraß, oder Hagelschaden, wie ein vorübergehendes Unglück (Heiterkeit.).

Hiermit ist die Diskussion geschlossen und die Sache erledigt.

Abg. Graf zu Eulenburg nimmt den von der Commission abgelehnten Antrag: die Staatsregierung aufzufordern, an den Universitäten, so weit es noch nicht geschehen, Einrichtungen für den landwirthschaftlichen Unterricht zu treffen, wieder auf, und begründet denselben mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit dieses Unterrichts.

Abg. v. Saucken-Tarputschen erwidert dagegen, daß man von dem Antrage Abstand genommen habe, weil es klar sei, daß die Regierung zu solchen neuen Stellen nur Personen heranziehen werde, welche in politischer Beziehung mit ihr harmonirten.

Abg. v. Hennig: Das Haus könne an die Regierung nur eine Forderung stellen, wenn es die Ueberzeugung habe, die Regierung werde den Zweck, den das Haus damit im Auge habe, auch erfüllen. Man wisse aber, daß die Regierung — gerade bei Waldau — einen Mann an die Spitze gestellt habe, der vollständig unfähig sei, das Institut zu leiten. Man wisse auch, daß die Regierung in neuerer Zeit Universitätslehrer, die mit ausgezeichnetem Erfolge gewirkt hätten, lediglich aus politischen Gründen vom Amte entfernt habe. Er stimme deshalb gegen den Antrag

Der Antrag wird abgelehnt.

Alle übrigen Anträge und Positionen werden ohne Debatte angenommen.

Bei dem Etat der Gestüt-Verwaltung bemerkt Abg. Frentzel, daß die Regierung auch in diesem Ressort politische Rücksichten walten lasse: von dem Gute des Herrn Reitenbach-Plicken sei eine Gestüts-Station verlegt worden.

Minister v. Selchow: Mit einem Steuerverweigerer, der in der Monarchie wie in der Republik ein Verbrecher gegen die Staatsform sei, dürfe die Regierung nicht in Beziehung stehen. Er (der Minister) habe als verantwortlicher Minister (Heiterkeit) den Abbruch der Beziehungen für seine Pflicht erachtet.

Es folgt der Bericht über den Etat der hohenzollernschen Lande. Referent ist der Abg. Dahlmann. Auf eine Anfrage des Abg. Riesstahl erklärt der Reg.-Commissar, Geh. Rath Mölle, daß die Regierung in der nächsten Session eine Vorlage, betr. die Regulirung der Steuern und Abgaben im Fürstenthum Hechingen, machen werde. — Die einzelnen Positionen des Etats werden genehmigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist ein Bericht der Petitions-Commission. Eine Beschwerde des ehemaligen Ober-Postsecretärs Höpfner, der durch Disciplinar-Untersuchung seines Amtes entsetzt ist und das ihm während der Untersuchung zustehende und nicht ausgezahlte volle Gehalt in Anspruch nimmt, wird auf Antrag der Commission der Regierung überwiesen, nachdem Graf zu Eulenburg Uebergang zur Tagesordnung empfohlen und Abg. v. d. Heydt von jeder Berücksichtigung des Gesuchs abgemahnt hat, da das Vergehen, um das es sich hier handle, als von einem Postbeamten verübt, doppelt gravirend sei.

In einer Verordnung vom 1. Juni 1814 sagt der General-Gouverneur über das Polizei-Regiment, das er vorgefunden und das leider bis zur Stunde nur in einer andern Phase fortdauert: „Zwar wird allemal eine Totalreform der hier bestehenden Polizei-Verwaltung vorangehen müssen, wenn die guten Völker des Niederrheins vielleicht der vorzüglichsten Wohlthat ihrer Wiedervereinigung mit Deutschland, einer im deutschen Geiste verwalteten und auf deutsche Liberalität gestützten Sicherheits- und Wohlfahrts-Polizei in ihrem ganzen Umfange zu genießen haben und recht lebendig von dem Contraste durchdrungen werden sollen, welcher zwischen zwei Regierungen stattfindet, von denen die eine sich zum Zwecke erhebt und die Unterthanen zu Mitteln herabwürdigt, die andere aber nur um des Glückes ihrer Unterthanen vorhanden glaubt" u. s. w. Ferner sagt Sack in der Verordnung vom 16. Juli: „Der Contrast zwischen dem despotischen Verwaltungssystem des gestürzten französischen Tyrannen und den liberalen Regierungs-Grundsätzen deutscher Fürsten zeigt sich nirgend vielleicht in grellerem Lichte, als da, wo von Aufklärung, Volksbildung und öffentlichem Unterricht die Rede ist." (Beifall.)

Ein Herrenhaus-Mitglied schenkt der Gymnasial-Bibliothek zu Dortmund jährlich die stenographischen Berichte des Landtags, und das Provinzial-Schulcollegium hat es monirt, daß diese Berichte nicht eingebunden werden. (Hört! Heiterkeit) Weshalb aber diese Maßregel gegen Ostendorf? Weil er in die Kategorie der Mißliebigen gehört; aber das imponirt in den westlichen Provinzen nicht mehr. Wir alle haben darin ziemliche Erfahrungen gemacht und schon zu oft Wandelungen erlebt, um zu wissen, was es mit der Mißliebigkeit auf sich hat. Vor kaum einem Jahrzehnt gehörte für einen Beamten mehr politischer Muth dazu, den Hof des Prinzen von Preußen zu besuchen, als heute mit der Fortschrittspartei zu stimmen. (Hört! Hört!) Ja, m. H., als Hr. v. Kleist-Retzow noch Proconsul am Rhein war, da war es ein Zeichen von außerordentlichem Muth, in das Schluß zu Coblenz zu gehen. Einer der wenigen Beamten, die den Muth dazu hatten, war der Geh. Ober-Reg.-Rath Spankeren, demnächst wurde er Regierungs-Präsident in Arnsberg, und als die neue Aera vorüber war, wurde er suspendirt und Director Ostendorf ist Spankeren's Freund. Das ist der Schlüssel zum Ganzen. Ich wollte, die Regierung ersparte sich diese Art zu regieren, es wäre besser für sie. Es mahnt mich, am heutigen Tage daran zu erinnern, daß es nicht immer so in unseren westlichen Provinzen ausgesehen hat. Die Büreaukratie, die heute am Rhein ihr 50jähriges Dienstjubiläum feiert, das ist nicht diejenige, die vor einem halben Jahrhundert zu uns gekommen ist. Der große Mann, der Oberpräsident Sack, hat uns ganz andere Dinge versprochen, als nachher, als die Schmalz-Gesellen an das Ruder kamen, gehalten worden sind. (Heiterkeit.)

Eine andere Petition des B. Kugler bei Reichenbach in Schlesien, der eine Schank-Concession sucht, wird ebenfalls der Regierung überwiesen. Es folgt der Bericht der Gemeinde-Commission über die Petitionen der Stadtverordneten-Versammlungen zu Stettin, Charlottenburg, Neidenburg und mehrerer Gemeindewähler zu Lippstadt, betreffend die den Rechtsanwalten versagte Theilnahme an den Geschäften der Stadtverordneten-Versammlung. Die Commission beantragt, sie der Regierung zur Abhilfe und mit der Erklärung zu überweisen, „daß ebenso wie der Staatsministerial-Beschluß vom 2. März 1851, auch die Rescripte vom 24. Februar 1851 und vom 23. April 1844 mit den bestehenden Gesetzen, namentlich mit der Kabinets-Ordre vom 13. Juli 1839 und mit den Bestimmungen der Städte-Ordnung nicht im Einklang stehen."

Abg. Becker (Dortmund): In der lippstadter Petition wird mit dem Namen des dortigen Realschul-Directors Ostendorf, der Name eines Mannes genannt, der sich in ganz Westfalen des höchsten Rufes erfreut, und um das Realschulwesen in Preußen die wesentlichsten Verdienste hat. Gerade der blühende Stand der Realschule zu Lippstadt hat die Aufmerksamkeit der Stadtverordneten auf jenen Mann gelenkt, und wiederum hat es wesentlich zur Förderung der Realschule beigetragen, daß ihr Director Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung gewesen ist. Nachdem er seine Schule zur ersten der Provinz gemacht, wird ihm auf Betreiben eines mißgünstigen Landrathes von der vorgesetzten Behörde untersagt, länger Stadtverordneter zu sein und aufgegeben, aus der Versammlung auszuscheiden. Das Provinzial-Schulkollegium zu Münster nimmt eine eigene Stellung auch zu anderen Fragen ein, die nicht unmittelbar zum Schulwesen gehören. Dafür diene folgendes Beispiel.

Abg. Richter (für den Commissions-Antrag): Der Hr. Justizminister hat die Richter und Rechtsanwalte aus Fürsorge für das Publikum von den St. V. V. ausgeschlossen, damit sie nicht in ihren Amtsgeschäften beeinträchtigt werden. Auf Charlottenburg, dessen Vertreter alle vier Wochen eine Sitzung halten, trifft dies Motiv nicht zu; es können da nur politische Rücksichten walten. Ein anderer richterlicher Beamter, der wegen Krankheit nach Frankreich und Spanien eine länger als einjährige Reise antreten mußte, wurde nach seiner Rückkehr durch den Staatsanwalt des Hrn. Justizministers, der in diesem Falle wohl von seinen Staatsanwälten sprechen kann, wegen Wahlagitation angeklagt und verurtheilt. Ein anderer Staatsanwalt des Hrn. Justizministers appellirte gegen dies Urtheil, weil ihm die Geldstrafe nicht hoch genug erschien. Den Magistrat der Residenz Charlottenburg hat es gewiß Ueberwindung gekostet, sich mit einer Petition an dies Haus zu wenden; diese seine Mannhaftigkeit ist anzuerkennen und bleiben wir nicht hinter ihr zurück, indem wir die Petition der Regierung überweisen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Delacroix: Ich habe mich hier nur über die lippstädter Petition auszusprechen, da die stettiner in den Bereich des Unterrichtsministeriums fällt. Wenn ein Rechtsanwalt in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt wird und es liegen für ihn thatsächliche Ablehnungsgründe vor, die er aber als solche nicht anerkennen will (Unruhe), sei es, daß er seine Kräfte überschätzt, sei es, daß er sein Amt nur als Nebensache betrachtet, dann kann doch wohl die vorgesetzte Aufsichtsbehörde die Hände dabei nicht in den Schooß legen und ruhig zusehen, wie der Beamte aus Liebhaberei für die Beschäftigung mit Communal-Angelegenheiten seine amtlichen Pflichten vernachlässigt. (Große Unruhe, Heiterkeit.) Die vorgesetzte Behörde wird dann verpflichtet sein, ihr Veto einzulegen und dem Beamten zu sagen, daß er von seinem Rechte der Ablehnung Gebrauch machen müsse. (Unruhe.) Hierdurch wird auch kein Recht der Wähler oder der Stadtverordneten-Versammlung verletzt, denn wenn sie Jemand wählen, der das Recht hat, die Wahl abzulehnen, so müssen sie auch zugeben, daß er sie ablehnt. (Große Heiterkeit.) Ebensowenig wird ein Recht des betreffenden Beamten verletzt, denn es hat Niemand ein Recht darauf, in seiner Person mehrere Stellen zu vereinigen, deren Unvereinbarkeit die Städteordnungen als möglich anerkennen. Die communale Seite der Sache wird vollständig dadurch erledigt, daß die mangelnde Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Legitimation des Beamten zum Eintritt in die Stadtverordneten-Versammlung nicht betrifft, die disciplinarische Seite der Sache betrifft aber nur das Verhältniß des Beamten zu seiner vorgesetzten Behörde. Hierüber zu ertheilen, sind weder die Wähler noch die Stadtverordneten-Versammlung legitimirt. Etwaige Zweifel über die Berechtigung oder Versagung sind lediglich von dem competenten Gerichtshofe zu entscheiden.

Abg. Großmann: Auf diesem Wege wird sich die Regierung die Majorität bei den nächsten Wahlen nicht verschaffen; das werden sie beweisen.

Abg. v. Benda: Die Beschwerden des Landes richten sich nicht gegen einen politischen, sondern gegen einen Verstoß der Regierung gegen den gesunden Menschenverstand. Sie schädigt die Selbstständigkeit der Communen und erschüttert den monarchischen Sinn und Geist. Ich möchte daher den Hrn. Reg.-Commissar bitten, uns mit scharfsinnigen Erklärungen, wie die eben gehörten es waren, die kaum die conservativen Mitglieder dieses Hauses befriedigt haben werden, zu verschonen. Der Rechtsanwalt Burghard in Charlottenburg ist ein geistreicher, geachteter, in seinen politischen Ansichten gemäßigter Mann. Ich heiße daher den Commissionsantrag noch ganz besonders willkommen.

Dieser Antrag der Commission wird dann auch mit allen Stimmen gegen die der Conservativen angenommen.

Am Ministertisch befindet sich kein Commissar der Regierung, was laute Bemerkungen aus den Bänken der Majorität veranlaßt.

Alle übrigen Petitionen werden durch Uebergang zur Tagesordn. erledigt.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Tagesordnung Interpellation des Abg. Schulze (Berlin) wegen des Erlasses eines Gesetzes über die Genossenschaften. Mündlicher Bericht über den Betrieb der Staatsbahnen im Jahre 1864. Antrag v. Benda's über die Kosten der Grundsteuer-Regulirung. Gesetzentwurf, betr. die Gerichtsbarkeit der Konsuln.)

O. C. [In der Sitzung der Marine-Commission] vom 13. d. M. erklärten die Vertreter der Regierung (Geh. R. Mölle, Jacobs und Contre-Admiral Jachmann) in Betreff der norddeutschen Schiffbau-Aktien-Gesellschaft: amtlich wüßten sie noch nicht, daß die Bestätigung der Statuten schon erfolgt sei; äußerlich sei es bekannt geworden, daß sich die Gesellschaft erst nach Erledigung der kieler Frage constituiren werde. Die Zusicherungen des Marineministeriums an die Gesellschaft seien noch unbestimmt, da noch Garantien für die gute Ausführung der Arbeiten gegeben werden müßten. Die erste Panzerfregatte solle in diesem Jahre bestellt werden, aber nicht bei der genannten Gesellschaft, die ihre Werft und Werkstätten erst herrichten müsse. — Abg. Kerst brachte ein Amendement zur Resolution Virchow's ein.

✶ [Interpellation.] Der Abgeordnete Schulze-Delitzsch wird, unterstützt von 37 Genossen, darunter Laßwitz und Tauchert, am Donnerstag folgende (bereits telegr. gemeldete) Interpellation stellen: „Wann gedenkt das königliche Staatsministerium die mehrfach verheißene Gesetzvorlage wegen Regelung der privatrechtlichen Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften des mittleren und kleineren Gewerbestandes, insbesondere der Handwerker und Arbeiter, bei den Häusern des Landtags einzubringen? Wird dies noch im Laufe der gegenwärtigen Session geschehen?"

[Die Zerwürfnisse an der Universität zu Bonn] haben das Interesse so allgemein angeregt, daß die Mittheilung nachfolgender, der „Köln. Ztg." aus Bonn berichteten Thatsache gerechtfertigt sein dürfte:

„Als Professor Jahn — so wird berichtet — an das österreichische Ministerium geschrieben, daß er die ihm angebotene Professur nicht anzunehmen, sondern hier zu bleiben gedenke, brachten ihm die Studirenden einen stattlichen Fackelzug. In einer Versammlung des Comite's, welches die Feier vorbereitete, erschien ein demselben nicht angehöriger Student und erklärte, Professor Jahn habe sich in dieser Sache so unehrenhaft benommen, daß ihm ein Fackelzug nicht gebühre, daß vielmehr die Commilitonen, die ihm eine solche Ovation bereiteten, selbst unehrenhaft werden würden. Da die academischen Gesetze die Beleidigung eines Lehrers durch einen Studirenden mit Relegation bedrohen, so eröffnete der Universitätsrichter eine Untersuchung; der academische Senat beschloß jedoch durch Stimmenmehrheit, daß hier der animus injuriandi fehle, und ließ es bei einem Verweise bewenden. Darauf sprach der Minister dem Senate seine Mißbilligung über eine so laxe Handhabung der academischen Disciplin aus."

[Zur Geschichte des politischen Verhaltens.] Die „Rheinische Zeitung" erzählt Folgendes: „Der jetzige Landwirth und Landwehrmann A. Nadler zu Neuenburg bei Soldin wurde im Jahre 1856 als unabkömmlich auf Reclamation aus dem stehenden Heere entlassen und seitdem bei der sogenannten Classification jedes Jahr als unabkömmlich zurückgestellt. Im Jahre 1863 aber, nachdem sich seine Unabkömmlichkeit eher gesteigert als gemindert hatte, wurde er plötzlich von der Reclamantenliste gestrichen. Auf Bitte um Angabe des Grundes empfing er folgendes Schreiben:

„Auf Vorstellung vom 4. Juli d. J. eröffne ich Ihnen, daß Sie den Grund Ihrer Nichtberücksichtigung bei Gelegenheit des diesjährigen Classificationsgeschäftes vornehmlich in Ihrem politischen Verhalten zu suchen haben, weil zumeist die Erwägung, daß jenes den Pflichten eines Landwehrmannes nicht entspreche, des Herrn Bataillons-Commandeurs und meine Entschließung herbeigeführt hat. Soldin, den 6 Juli 1863. Königlicher Landrath v. Cranach."

Was das „politische Verhalten" des Landwirths Nadler anlangt, so ist nichts weiter bekannt geworden, als daß er ein sehr loyaler Staatsbürger ist, bei der Wahl für Baron von Vaerst gestimmt hat und einmal politische Druckschriften, welche ein noch nicht majorenner Lehrer der als Agent der „patriotischen Vereinigung" thätig ist, ihm zugeschickt hatte, wieder zurückgesandt hat. Herr v. Cranach ist bekannt als der Urheber der Mißtrauensadresse aus dem soldiner Kreise an den Präsidenten Grabow. Die „patriotische Vereinigung" genießt die Ehre, Herrn v. Cranach und den erwähnten Bataillonscommandeur, Herrn v. Präffentin zu ihren Vorstandsmitgliedern zu zählen."

Stettin, 15. Mai. [In der eben beendeten außerordentlichen General-Versammlung] der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft wurde der Antrag, die Anschlußbahn an die mecklenburgische Eisenbahn bis zur preußisch-mecklenburgischen Grenze auf Kosten der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft zu bauen, einstimmig von den sämmtlichen vertretenen 584 Stimmen angenommen. (B.B.-Z.)

Deutschland.

Kiel, 14. Mai. [Marine.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, lief das preußische Panzerkuppelschiff „Arminius", Commandant Capitän-Lieutenant Steuben, in Begleitung Sr. M. Corvette „Victoria", Commandant Corvetten-Capitän Batsch, gestern Vormittag 11 Uhr in den hiesigen Hafen ein und legte sich der düsternbrooker Allee gegenüber vor Anker. Nach Beendigung der Probefahrten und nach Regulirung des Compasses hatte die Abfahrt des „Arminius" von London am Montag stattgefunden. Dinstag und die ganze Woche hindurch hatte das Schiff mit schwerer See zu kämpfen, es schlengerte sehr bedeutend und stand fast fortwährend unter Wasser, so daß die Maschinenräume, Kojen u. s. w. mit Wasser gefüllt wurden; von der eisernen Schanzkleidung wurde eine festgenietete Planke weggeschlagen, eben so die Fallreepsthür; ein in Davids hängendes Boot erlitt Havarie und die starken eisernen Davids selbst wurden wie Draht gebogen. Die Maschine erwies sich als ganz vorzüglich, und das Schiff machte bei der schweren See 8—9 Knoten oder englische Meilen in der Stunde. Bei der Probefahrt auf der Themse, die ein sehr günstiges Resultat ergeben, machte die Maschine 95 Umdrehungen in der Minute und das Schiff bei voller Ladung eine Fahrt bis 12 Knoten (12 engl. Meilen) in der Stunde. Der „Arminius" langte glücklich am Donnerstag Nachmittag in Helsingör an, woselbst er 20 Stunden vor Anker lag

und Ordre erhielt, nicht, wie bestimmt gewesen, nach Danzig, sondern nach Kiel zu dampfen. Die Ankunft des ersten preußischen Panzerschiffes hat hier große Freude erregt, und so wird dasselbe auch stets von einem zahlreichen Publikum besucht und in Augenschein genommen. (N. Pr. Z.)

Dänemark.

† **Kopenhagen,** 13. Mai. [Ernennungen.] Eine königl. Resolution von heute ernennt den bisherigen Minister ohne Portefeuille, Kammerherrn v. Quaade, zum Gesandten am königl. preuß. Hofe, wo der Genannte bekanntlich bis zum Ausbruch des Krieges in gleicher Eigenschaft in Thätigkeit stand. Außerdem wird der Departementschef, Kammerherr Sick, durch königl. Entschließung zum außerordentlichen Gesandten in Stockholm ernannt, nachdem dem dortigen Gesandten, Grafen Wulff-Scheel-Plessen (geb. Holsteiner), ein mehrmonatlicher Urlaub bewilligt worden ist. — Nach der französischen Revue der „Berlingske Tidende" wird der Gesandtschaftsposten in Wien alsbald wieder besetzt und der früher dort stationirte General-Lieutenant von Bülow vorläufig nach London gesandt werden. — Die hier eingetroffene außerordentliche tunesische Gesandtschaft wird dem Könige an einem der nächsten Tage die Insignien des tunesischen Nischan Iftichar-Ordens überreichen. — Heute passirte, begleitet von einem zweiten Kriegsdampfschiffe, das von Cherbourg kommende königl. preuß. Widderschiff „Cheops" hier vorüber.

Italien.

Turin, 11. Mai. [Die Unterhandlungen mit Rom. — Ministerkrisis.] Heute Morgen war Ministerrath unter dem Vorsitze des Königs. Der Unterrichts-Minister Natoli, der ursprünglich die Absicht gehabt, schon gestern abzureisen, ist zu diesem Zwecke hier geblieben. Des Königs entschiedener Wille, mit Rom zu einer Vereinbarung zu kommen, fand besonders an Lamarmora Unterstützung, während Lanza Einsprache gegen verschiedene Forderungen, wie früher, so auch heute, erhob. Sella ist mehr auf Lanza's als auf Lamarmora's Seite. Obwohl der König den Wunsch aussprach, die Angelegenheit noch vor seiner Abreise nach Florenz in's Reine gebracht zu sehen, trennte man sich doch, ohne einig geworden zu sein, und der König wird also vor Entscheidung nach Florenz reisen. Der König denkt jetzt an Entlassung von Lanza und Sella, und Lamarmora scheint ihn darin zu bestärken. Man spricht davon, daß in Rom unter den Mitgliedern des heiligen Collegiums die Ueberzeugung eines erfolgreichen Ausganges der Verhandlungen so fest steht, daß sogar bereits Einleitung getroffen wurde zur Abhaltung eines Consistoriums, in welchem die für die erledigten Bischofssitze bestimmten Bischöfe präconisirt werden. Die Entlassung von Lanza und Sella würde als eine noch entschiedenere Kundgebung für die Politik des Königs gegenüber Rom gelten, als die Zurückziehung des Gesetzes über die Kirchengüter. (K. Z.)

Amerika.

Newyork, 28. April. [Cabinetsrath über Sherman's Bedingungen.] Ein Correspondent des „Newyork Daily News" erzählt die Vorgänge im Cabinet zu Washington aus Anlaß der Waffenstillstands-Bedingungen Sherman's in folgender, mit den officiellen Mittheilungen des Kriegsminister Stanton ganz übereinstimmenden Weise:

„Am 21. April Abends langte ein Courier aus Sherman's Lager im weißen Hause zu Washington an, welcher die Nachricht von dem Johnstone bewilligten Waffenstillstand überbrachte. Alsogleich nach Empfang der Depesche berief der Präsident eine Cabinetssitzung und legte den Mitgliedern des Cabinets den Sachverhalt vor. General Grant, der eben im Begriff war, nach Newyersey, wo er zu Hause ist, zu reisen, wurde ersucht, der Sitzung beizuwohnen. Sobald dieser General von der geschlossenen Uebereinkunft zwischen Sherman und Johnstone erfuhr, erklärte er dieselbe als einen Uebergriff Sherman's, welcher für die Regierung unter keinen Umständen bindend sein könne. Er berief sich auf eine Entscheidung Lincoln's bei einem ähnlichen Anlaß. Lee hatte Anfangs März von ihm (Grant) eine Zusammenkunft zur Vereinbarung von Friedensbedingungen begehrt. Er (Grant) habe den Brief an Lincoln geschickt und dieser hatte, nachdem er sich nur einige Minuten besonnen, eigenhändig folgende Erledigung geschrieben und dem Kriegsminister zur Expedition übergeben:

„Washington, 3. März.

General-Lieutenant Grant! Der Präsident beauftragt mich, Ihnen zu sagen, daß er keine Conferenz zwischen Ihnen und General Lee wünsche, außer zum Zweck der Capitulation von Lee's Armee oder zur Berathung über untergeordnete, rein militärische Angelegenheiten. Er giebt Ihnen durch mich zu wissen, daß Sie über irgend eine politische Frage weder zu entscheiden, noch zu berathen oder zu conferiren haben. Diese Fragen hat sich der Präsident vorbehalten und wird sie niemals als Gegenstand einer militärischen Convention oder Conferenz zulassen. Mittlerweile haben Sie Ihre errungenen Vortheile nach Kräften zu benützen. Edwin Stanton."

Grant berührte noch im Laufe der Cabinetssitzung sein Vorgehen gegen Lee bei Gelegenheit von dessen Capitulation. Er habe die damaligen Capitulations-Bedingungen als viel zu großmüthig betrachtet, aber da ihm diese von Lincoln selbst dictirt wurden, hatte er nichts dagegen einzuwenden. Seiner Meinung nach hätte er Lee zu ganz anderen Bedingungen zwingen können, welche diejenigen, die die Milde des Präsidenten tadelten, gewiß befriedigt hätten. Aber da er sich stets das Ziel, die Offiziere und Soldaten Lee's nicht zu demüthigen, vor Augen gehalten habe, und da er vor Allem Gehorsam als seine Pflicht betrachtete, habe er Lee die von Lincoln dictirten Bedingungen angeboten. Da diese Stipulationen übrigens der Regierung angenehm seien, und da sie einen großen Theil der Bevölkerung befriedigten, habe er noch jetzt keine Veranlassung, sie zu bereuen. Ueber die, wie er sie nannte, unkluge und eigenmächtige Großmuth Sherman's war Grant jedoch sehr entrüstet und erklärte, daß die Uebereinkunft, in welche Sherman eingewilligt hatte, alsogleich annullirt werden müsse. Hätte Sherman die Capitulation der Armee und die Parolirung der Offiziere und Soldaten der Johnstone'schen Armee zu denselben Bedingungen wie die der Armee von Nordvirginien verlangt, hätte er den politischen status quo der Rebellenstaaten außer Spiel gelassen und hätte er sich mit den Bedingungen des Wiedereintritts in die Union gar nicht beschäftigt, so würde auch Grant einer solchen Uebereinkunft seine herzliche Zustimmung geben, da sie die politischen Fragen der Entscheidung der Civilbehörden und dem Richterspruche der Gerichte offen ließen. Sherman aber habe sich eine Eigenmächtigkeit erlaubt und seine Befugniß als Militär-Commandant überschritten. Seine Maßregeln müßten daher von der Regierung desavouirt werden. Präsident Johnson und alle Mitglieder des Cabinets stimmten den Ansichten Grant's unbedingt zu und äußerten ihre Mißbilligung über Sherman's Vorgehen sehr entschieden. Am meisten entrüstet waren der Präsident und der Kriegsminister, und Beide erklärten, daß Sherman sogleich abberufen werden und Johnstone mit allen Kräften verfolgt werden müsse, bis er sich ergeben habe. General Grant wurde ersucht, sich alsogleich nach Nord-Carolina zu begeben, das Commando über Sherman's Armee zu übernehmen und Johnstone zu verfolgen, wohin immer er sich flüchten sollte. Unmittelbar nach der Sitzung begab sich Grant nach Raleigh zu Sherman und am 25. April sendete er die folgende Depesche nach Washington: „Ich bin heute Morgens hier angekommen und habe alsogleich an Sherman die Entscheidung über seine Unterhandlungen mit Johnstone übergeben. Johnstone selbst wurde sogleich verständigt, daß der Waffenstillstand zu Ende sei und daß politische Angelegenheiten durchaus nicht in einer Convention zwischen irgend welchen Militär-Commandanten behandelt werden können."

Das Weitere und die wenige Tage darauf erfolgte Waffenstreckung der Armee Johnstone's ist bekannt.

[Ueber die Gefangennehmung Atzeroth's,] des muthmaßlichen Mordgehilfen Booth's, theilt der „Philadelphia Inquirer" Folgendes mit:

„Atzeroth ward im Hause eines gewissen Reichter aufgefunden, der zuerst von dessen Anwesenheit in seinem Hause nichts wissen wollte, dann aber nebst seinem Weibe sich in widerspruchsvolle Erzählungen über den Gesuchten einließ. Der mit der Ausfindigmachung des Missethäters betraute Sergeant stellte also einige Nachforschungen in der Nachbarschaft an. Er erfuhr durch Befragen verschiedener Personen, bei welchen Atzeroth auf Besuch gewesen, daß derselbe einen oder zwei Tage früher von Washington gekommen und im Hause eines seiner Gastfreunde während des Diners, als die Rede auf die Ermordung des Präsidenten kam, plötzlich mit dem Essen innegehalten und sich folgendermaßen geäußert habe: „Wenn alle ihre Schuldigkeit gethan hätten, würde Grant auf demselben Wege expedirt worden sein." — Nachdem der Sergeant noch weitere Erkundigungen eingezogen, kehrte er in die Behausung Reichters zurück und fand hier endlich Atzeroth in einem Versteck, worauf er ihn sammt seinem Unterstandgeber nach dem Lager brachte und Capitän Townsend Bericht erstattete. Dieser verfügte die Transportirung der Gefangenen zum Verhör in Major Artman's Hauptquartier. Dort wurden sie abgesondert vernommen. Reichter wurde zuerst eingeführt und seine Aussage zu Papier gebracht. Seine Antworten waren ausweichend und unbefriedigend, und es stellte sich als unzweifelhaft heraus, daß er und Atzeroth sich verabredet hatten, ein und dieselbe Geschichte vorzubringen. — Ungeachtet der eindringlichsten Examination, und obgleich er augenscheinlich darum wußte, wollte Reichter doch nicht gestehen, wo Atzeroth sich aufgehalten, bevor er in sein Haus gekommen.

Nach einigen weiteren, bezüglich der Zeit, wann er Atzeroth bei sich aufgenommen, an ihn gestellten Fragen, ward er entlassen und Atzeroth vorgerufen und verhört. Seine Aussage lautete eben so unbestimmt und verworren, wie die seines Vorgängers, er verwickelte sich in eine Masse von Widersprüchen bezüglich gewisser Punkte; nichtsdestoweniger wurden werthvolle Aufschlüsse von ihm erlangt und sorgfältig niedergeschrieben. Atzeroth unterhielt einen vertrauten Verkehr mit einem Gliede der Familie Surratt und giebt an, er sei mit diesem im Namen seines Hauses in Port Tobacco, Charles County, wegen eines Kohlenöl-Geschäftes in Unterhandlung gestanden. Er habe Booth sehr wohl gekannt, ihn aber schon längere Zeit nicht gesehen. Seine Heimath habe er vor ungefähr 14 Tagen verlassen und sich die meiste Zeit um Washington herum aufgehalten, in der Absicht, der Regierung ein Pferd zu verkaufen. Von der Ermordung Lincoln's habe er auf der Pennsylvania Avenue gehört, der Nachricht aber weiter keine Beachtung geschenkt, obgleich zu jener Zeit große Aufregung auf der Straße herrschte.

Während der Mordnacht habe er sich bis zum Morgen in Washington aufgehalten und sei dann nach Georgetown gegangen, wieder nach Washington zurückgekehrt und abermals nach Georgetown gereist, worauf er die Post nach Rockville genommen habe. Von dort habe er sich auf Besuch zu einigen Freunden begeben und dann zu Reichter, seinem Vetter.

Reichters Haus befindet sich in geringer Entfernung vom Dorfe Germantown, das etwa zwölf Meilen von Washington gelegen, nur ein paar Häuser zählt, ein sehr abgelegener, wenig besuchter, von allen Seiten mit unermeßlichen Fichtenwäldern umgebener Ort ist, und dessen Umgebung stets ein Versteckplatz und Sammelpunkt für Guerillas und Räuber gewesen ist. Die Bewohner der Gegend sind allgemein als übelgesinnt bekannt, und zeigen sich seit der Gefangennehmung Atzeroth's noch widerspenstiger, indem sie sogar auf jede Frage, was Atzeroth bei ihnen gemacht und wie er sich benommen, zu antworten sich weigern.

Atzeroth ist ein Deutscher von Geburt, kam aber schon als Kind nach Amerika, und spricht daher das Englische wie ein Eingeborner. Er ist ungefähr fünf Schuh sieben oder acht Zoll groß, von gedrungener Gestalt und etwa neunundzwanzig Jahre alt. Seine Gesichtsfarbe ist gebräunt, er hat krauses schwarzes Haar, schwarzen Schnurrbart, graue tiefliegende stechende Augen. Die Stirne ist niedrig, und der allgemeine Ausdruck seiner Züge kennzeichnet ihn als einen Mann von gemeinem Charakter, der sich für Geld zu jeder, auch der niederträchtigsten Handlung herbeiläßt. Atzeroth ist offenbar der bezahlte Meuchelmörder, gedungen, die That auszuführen, von denjenigen, welche wohl Geld, aber nicht den Muth besaßen, sie selber zu vollbringen. In welcher Beziehung er zu Booth oder den Andern stand — denn Viele glauben an eine regelrecht organisirte und planmäßig eingeleitete Verschwörung Mehrerer — wird wohl bald zur öffentlichen Kenntniß gelangen. Es wird behauptet, Atzeroth habe vor einigen Wochen zu einem seiner Freunde geäußert, er sei jetzt arm, binnen kurzer Zeit aber werde er Geld vollauf haben. Die Wahrheit dieser Bemerkung ist nicht erhärtet, aber es liegt kein Grund vor, sie zu bezweifeln.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 16. Mai. Der Kaiser ist seit dem 14. d. Mts. Abends in Oran. Gestern hat eine General-Versammlung des Credit Mobilier stattgefunden. Die Dividende betrug 25 Francs. Der Ueberschuß von fünfzehnhunderttausend Francs wurde als Reservefonds zurückgelegt. (Wolff's T. B.)

London, 15. Mai, Nachts. Auf White's Interpellation erwidert Lord Palmerston: Sobald die Union die Blokade der südstaatlichen Häfen, wodurch sie selber die Südstaaten als Kriegführende anerkannte, aufhebt, fällt auch von selber die Nothwendigkeit der bisherigen Anerkennung derselben durch andere Regierungen fort. (Wolff's T. B.)

Turin, 15. Mai. Das Decret über die Emission der Anleihe von 420 Millionen ist erschienen. Der Zinsgenuß tritt vom 1. Januar 1865 ein. Sie soll theils von Privat-Personen, theils im Wege der öffentlichen Subscription aufgebracht werden. Für Letztere sind in Italien 160 Millionen reservirt; die Einzahlungen werden zehntelweise bis zum 1. Okt. 1866 gemacht. (Wolff's T. B.)

Aachen, 15. Mai. Ihren Majestäten, welche auf allen Stationen ihrer Reise von Düsseldorf nach Aachen seitens der Behörden und der zahlreich herbeigeströmten Bevölkerung auf das Lebhafteste begrüßt waren, wurde bei ihrer Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe ein begeisterter Empfang bereitet. — Die Vertreter des Königs der Niederlande, General Knoop, mit seinem Adjutanten und der Greffier des Etats, Lebens, wie die Abgesandten des Königs der Belgier, de Lucsemans, Gouverneur der Provinz Lüttich, General-Lieutenant Fleury-Duray und Capitain Bosquet hatten sich zur Begrüßung auf dem Bahnhofe eingefunden.

Gestern Abend besichtigten der König und die Königin unter stetem Zuruf der Volksmenge die glänzende Illumination. Während der Umfahrt waren fast alle Straßen elektrisch und bengalisch beleuchtet.

Zur Abgangszeit der Depesche war aus Frankreich noch kein Vertreter des Kaisers in Aachen eingetroffen. (Weitere Ausführung der früheren Depesche.)

Kiel, 15. Mai. Prinz Adalbert von Preußen wird hier mit Sr. Maj. Corvetten „Gazelle" und „Nymphe" erwartet. Die österreichische Corvette „Erzherzog Friedrich" bleibt bis auf Weiteres hier.

Miscellen.

London, 12. Mai. [Prinz Albert-Denkmal.] Auf welche gewaltige Dimensionen das Denkmal, welches dem Prinzen Albert in Hyde-Park errichtet wird, berechnet ist, läßt nicht nur der Ziegelunterbau ahnen, der schon rüstig in Angriff genommen worden ist, sondern noch mehr die Fülle decorativer Statuen, welche das Piedestal schmücken sollen. Jedes der vier Felder ist 56 Fuß lang; die Höhe der Figuren, welche in sicilischem Marmor ausgeführt werden, erhebt sich bis zu 6 Fuß. Das südliche Feld, der Musik, und das östliche, der Malerei gewidmet, sind dem Bildhauer Armstead übertragen worden; der Künstler hat nicht weniger als achtzig Figuren zu liefern. In der allegorischen Darstellung der Musik nimmt Homer, die Lyra in der Hand, den Mittelpunkt ein und um ihn gruppiren sich (Musik und Poesie ist der eigentliche Inhalt des Feldes) Dichter und Musiker Englands, Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Shakespeare, Milton, Chaucer, Göthe, Bach, Händel, Mendelssohn, Dante, Racine u. a. Der Malerei dient als Repräsentant Raphael, welcher sitzend und eine Skizze in der Hand haltend, dargestellt ist, um ihn Michel Angelo, Leonardo da Vinci, Tizian, Velasquez, Murillo, David, Delacroix, die Brüder van Eyck, Rubens, Hogarth, Wilkie, Turner und andere ältere und neuere Meister der italienischen, deutschen, englischen und französischen Malerei. Das nördliche Feld ist der Architectur, das westliche der Sculptur gewidmet; Hr. Phillips ist mit ihrer decorativen Ausführung betraut worden. Die Königin nimmt an dem Fortgange des großen Werkes, welches das Andenken ihres betrauerten Gemahls ehren soll, großen Antheil und stattet den Künstlern von Zeit zu Zeit Besuche in ihren Ateliers ab.

München, 11. Mai. [Die Generalprobe des viel besprochenen dramatischen Tonwerks „Tristan und Isolde"] wurde heute im Costüm vor einem zahlreichen geladenen Auditorium gehalten. Dieselbe dauerte von zehn Uhr Vormittags bis halb 4 Uhr Nachmittags. Vor dem Beginn der Ouverture erschien Herr Richard Wagner am Proscenium der Bühne, und hielt mit bewegter Stimme eine längere Ansprache, die zuerst dem Orchester-Personal galt, und am Schluß an das Auditorium selbst gerichtet war. Der Meister erklärte, daß seine äußerst angegriffene Gesundheit ihm die persönliche Leitung des Orchesters für seine Oper fernerhin unmöglich mache, und daß sein Freund, der (in letzter Zeit vielgenannte) Herr v. Bülow, dieselbe an seiner Stelle übernehme. Zudem sei seine Aufgabe vollbracht, und sein höchster Wunsch: die vollendete Darstellung seines Tonwerks, hiermit erfüllt. Für sich persönlich wünsche er hinfort nur Ruhe und Zurückgezogenheit. Man möge über dem Werk den Mann vergessen, der es geschaffen, aber auch den Groll, den man gegen ihn persönlich hege. Den Giftbecher, den man bis zum Rande gefüllt, hoffe er, durch die Wirkung seines Werks in einen Liebestrank verwandelt zu sehen, ganz so wie es seinem Helden Tristan ergangen. Der berühmte Componist sprach besonders die Schlußworte in tiefer Bewegung, und verschwand dann von der Bühne unter dem Beifallsgruß seiner anwesenden Freunde und Anhänger. Nach ihm hielt Herr v. Bülow mit etwas befangener Stimme eine kurze Anrede an das Orchester-Personal. Die Darstellung war in dieser Probe-Aufführung nach dem einmüthigen Urtheil bis in die kleinsten Details vollendet. Seine Majestät der König wohnte derselben von Anfang bis zum Ende bei, und verweilte am Schlusse, mit Begeisterung applaudirend, einige Minuten an der Brüstung der Loge.

Coburg, 8. Mai. Heute Abend hat die Trauung des sechsundachtzigjährigen Staatsministers a. D. v. Lepel mit Fräulein Minna v. Meyern-Hohnberg allhier stattgefunden.

[Ohne Schleppe!] Man schreibt aus Paris: Unsere eleganten Damen, welche nicht die Gesetze der Mode acceptiren, sondern sie selbst vorschreiben, haben die ersten Schritte zu einer Reform gethan, die alle Welt gewiß sofort und mit Freuden gutheißen wird. Sie haben nämlich für die Morgenpromenaden die langen, weiten, schleppenden Kleider, die alle Unsauberkeiten der Straßen und Alleen mit sich fortkehrten, in den Bann gethan und wollen von jetzt ab nur kurze Roben tragen. Die Schleppkleider werden vor der Hand nur noch in den Abendgesellschaften, im Salon und im Theater beibehalten, und zum großen Theil vielleicht auch dort bald verschwinden. Auf der letzten Sonntagspromenade von Longchamps sah man bereits die Reform von vielen Damen durchgeführt. Eine halbe Reform ist aber eine Inconsequenz. Zu einer kurzen Robe gehört der runde Hut, der durch seine mannichfachen Formen allen Gesichtern kleidsam gemacht werden kann. Und so haben denn in der That unsere Souveräninnen der Mode entschieden, daß am nächsten Sonntag der runde Hut die begonnene Reform vervollständigen soll. Dies die große Neuigkeit des Tages.

Provinzial-Zeitung.

M. **Breslau,** 15. Mai. [Generalversammlung des Kindergartenvereins.] Der Vorsitzende Hr. Dr. Rhode berichtete zuerst über die statistischen Verhältnisse, wonach die beiden Vereins-Kindergärten im verflossenen Schuljahre 160 Kinder aufgenommen hatten, von denen 102 auf den ersten und 58 auf den zweiten Kindergarten kommen. Die gegenwärtige Schülerzahl ist in beiden Anstalten 68 (davon 6 halb- und 4 ganz-freie) und bezügl. 50. Am 1. Mai d. J. ist der erste Volkskindergarten im Lokale der städtischen Turnhalle in der Nikolaivorstadt eröffnet worden, und ist der Andrang ein überraschend großer gewesen, da die Eröffnung mit 32 Kindern erfolgen konnte. Als Kindergärtnerinnen fungiren an der neuen Anstalt die beiden Fräuleins Sauer und Behnsch, welche ihre Ausbildung in dem von dem Verein begründeten Lehrkursus erhalten haben. Diesem Cursus haben im vor. Halbjahre 8 Damen beigewohnt. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 126, deren Beitragssumme 194 Thlr. 10 Sgr. beträgt, die vornehmlich zur Begründung des Volkskindergartens bestimmt wurden.

Die von den Herren Kassen-Revisoren Polko und Simson statutenmäßig am 1. Juli 1864 und 1. Januar 1865 vorgenommene Revision hatte folgende Ergebnisse: Einnahme 562 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf. und resp. 644 Thlr. 4 Sgr. Die Ausgabe 453 Thlr. 15 Sgr. 1 Pf. und 467 Thlr. 18 Sgr., und es blieb Anfang d. J. ein Bestand von 176 Thlr. 16 Sgr., der sich bis jetzt bis auf 252 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. gehoben hat, welcher bei dem Vorschuß-Verein zinsbar angelegt worden ist. Tief zu beklagen ist der Verlust, den der Vorstand durch den Tod seines Mitgliedes, Herrn Oberlehrer Scholz, erlitten hat. Seine Verdienste um den Verein werden sein Andenken nie erlöschen lassen. Durch den Eintritt des Herrn Director Kämp ist der Vorstand wieder ergänzt worden. Das Revisorat hat Herr Diaconus Hesse zu St. Bernhardin übernommen, dessen Wirken für die Zwecke des Vereins sich als ein sehr freundliches und darum förderliches erweiset. Zur Belebung für die Interessen des Vereins sind im vorigen Jahre am 9. und 15. Juli Spielfeste mit den Kindern eingerichtet worden, die ein recht günstiges Resultat gehabt haben. Auf öffentliche und private Angriffe auf die von dem Verein erstrebten Ziele, sowie auf die zu dem Zwecke angewandten Mittel, welche als „pseudo-fröbel'sche Grundsätze" bezeichnet worden sind, hat der Verein nicht geantwortet. Das Bewußtsein seines redlichen Strebens um die Einführung des Fröbel'schen Systems ließ ihn diese Angriffe als unwürdige betrachten. In einer ausführlichen Rede setzte nun der Hr. Vorsitzende diese Grundsätze und deren Anwendung in den vom Vereine gegründeten Anstalten auseinander. Schließlich sprach derselbe die Hoffnung aus, daß der Kindergarten im ganzen Vaterlande die erste Grundlage der Volksbildung werden würde und daß der Verein hierselbst für Breslau eben nur die Vorarbeiten übernommen habe. Die Vereinsmitglieder mögen aber, so lange die Kindergärten noch eine Privat-Angelegenheit seien, dahin wirken, daß das Interesse ein immer größeres und verbreiteteres werde. Nachdem der Frau Kaufmann Laßwitz als Cassirerin die Decharge ertheilt worden, fand die Vorstandswahl statt. Der alte Vorstand, bestehend aus den Damen: Jenny Asch, Arabella Auerbach, Louise Epstein, Rosa Hofferichter, Emma Laßwitz und Anna Simson und aus den Herren Dr. Rhode, Director Kämp und Kaufm. Laßwitz wurden mit großer Majorität wieder gewählt, doch mußte an Stelle der Frau Kaufm. Hofferichter, welche die Nichtannahme der Wahl erklärte, eine Neuwahl eintreten, aus welcher Frau Dr. Elsner als Vorstandsmitglied hervorging. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Breslau, 16. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Oderstraße Nr. 17 eine silberne Cylinderuhr; Nikolaistraße Nr. 53 ein Mannsrock von schwarzem Buckskin mit schwarzem Camelotfutter; Oderstraße Nr. 3 ein an der Mauer des Hauses befestigt gewesenes Porzellan-Schild mit der Aufschrift: „L. A. Kühnel, Weißnäh-Institut".

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein schwarzer Tuchrock, eine graue Stoff-Weste, ein Paar graue Parchent-Beinkleider, ein Paar schwarze Buckskin-Hosen, gezeichnet E. Hoffheim, eine wollene Decke, eine Frauenjacke (Spenser) von blauem Merino, einige zerschnittene blaue Hemden, zwei Getreide-Säcke und eine Quantität Zimmt.

Verloren wurde: eine braunlederne Brieftasche, in welcher sich verschiedene Briefe, zwölf Stück Photographien und mehrere Visitenkarten befanden.

Angekommen: Seine Durchlaucht Fürst v. Hatzfeldt-Schönstein aus Trachenberg. Seine Erlaucht Graf v. Hatzfeldt, freier Standes- und Kammerherr, aus Kawicz. Freiherr v. Schele, königl. Hof-Jägermeister, aus Berlin. (Anz.- u. Fr.-Bl.)

⊙ **Liegnitz,** 15. Jan. [Marktverkehr.] Der hiesige Walpurgis-Jahrmarkt begann heute, von dem schönsten Wetter begünstigt, ziemlich lebhaft. Auch der mit dem Jahre verbundene Viehmarkt war von Käufern und Verkäufern zahlreich besucht. Aufgetrieben wurden 244 Stück Rindvieh, 288 Pferde und 319 Schweine. Gekauft wurde wenig; die Preise hielten sich bis zuletzt ziemlich hoch.

P. **Aus dem Riesengebirge,** 14. Mai. [Die Gründung eines Arbeiter-Vereins] zu dem Ihnen unterm 19. April (Nr. 189 d. Bresl. Ztg.) mitgetheilten Zweck schreitet zwar sehr, sogar ungewöhnlich langsam, aber auch um desto sicherer vorwärts. Eine eigene Vorschußkasse soll der Verein nicht gründen, sondern dafür die Kassen der schon seit Jahren bestehenden Vorschuß-Vereine benutzen, um dieselben fördern zu helfen. Die meisten Mitglieder der Vorschuß-Vereine sollen und wollen auch Mitglieder des Arbeiter-Vereins werden. Dagegen soll und wird letzterer noch die Gründung einer besonderen „Brautkasse" zur Ausstattung unbemittelter Bräute und Sicherstellung des Hausstandes in den ersten Tagen der Ehe in die Hand nehmen, weil dies eines der dringendsten Bedürfnisse ist. — Künftigen Sonntag, den 21. d. M., findet die letzte vorberathende Versammlung im Saal des romantisch gelegenen Wagner'schen Gasthofes zum „Kochelfall" (im alten Vitriolwerk) zu Ober-Petersdorf statt und wird dann sofort zur Constituirung des Arbeiter-Vereins geschritten werden.

△△ **Aus der Grafschaft Glaz.** [Zur Tageschronik.] Unsere Bäder haben, begünstigt durch den schönen Frühling, ihre Saison eröffnen können, und schmücken sich auf's Beste, um ihre Gäste zu empfangen. In Landeck erwartet man wieder Ihre königliche Hoheit die Frau Prinzessin Carl; das Project eines Militair-Kurhauses für das dortige Bad geht Dank der unermüdlichen Thätigkeit des Comite's seiner Realisirung entgegen. Die

Commune Reinerz ist bestrebt gewesen, durch Veränderungen in baulicher und anderer Beziehung den Wünschen der Kurgäste Rechnung zu tragen, doch darf man nicht sagen, daß die Väter von Reinerz schon so viel gethan hätten, daß ihnen zu thun nichts mehr übrig sei. Doch ist das, was geschehen, immerhin schon recht dankenswerth. — Cudowa und Langenau behalten nach wie vor ihre idyllischen Physiognomien, welche diese Orte Manchem, der Erholung sucht, so lieb und werth machen. — Unsere Grafschaft harrt noch immer des Schienenstranges, welcher sie mit dem großen Verkehr in Verbindung bringen soll. Ist einmal die Eisenbahn bis zu uns gekommen, dann werden die von der Natur so gesegneten Heilquellen unsrer Landecke ihren verdienten Ruf noch in weitere Ferne bringen. Die Industrie macht auch in unsrer Grafschaft Glaz immermehr Fortschritte. Die großartigen Etablissements, welche seiner Zeit die Seehandlung und der thatkräftige Lindheim schufen, sind freilich jetzt nicht mehr in ihrer früheren Thätigkeit. Das Spinnerei-Etablissement in Ullersdorf unter der Verwaltung der Lindheim'schen Gläubiger hat seine Wirksamkeit unter dem Einfluß der ungünstigen Baumwoll-Conjuncturen sistirt. Sind diese commerziellen Etablissements gegenwärtig nicht in vollem Gange, so blüht destomehr die Gruben- und landwirthschaftliche Fabrik-Industrie, deren Träger vorzüglich unsre aristokratischen Grundbesitzer sind. Die jüngst stattgefundene Thierschau in Frankenstein hat gezeigt, wie tüchtig unsre Landwirthschaft sei. Die Namen der Herren Graf Magnis, Freiherrn v. Falkenhausen, Frhr. v. Muenchhausen und Graf Pilati repräsentiren diese Industrie.

≈ **Ohlau,** 14. Mai. [Zur Tageschronik.] Am 2. d. M. feierte der Steuer-Aufseher Hergert hierselbst sein 50jähriges Dienst-Jubiläum. Der Jubilar wurde am Morgen durch ein Ständchen vom Trompeterchor des hiesigen Husaren-Regiments überrascht und erhielt später die Glückwünsche seiner Vorgesetzten, Collegen und Freunde. Es wurde ihm dabei durch den Ober-Controleur Heilscher ein Geschenk von 50 Thlr. eingehändigt. — Der Vorschuß-Verein, welcher hierselbst im vorigen Jahre begründet wurde, zählt jetzt circa 180 Mitglieder. Derselbe hat nunmehr auch eine Sparkasse eingerichtet, deren Einlagen mit 4 pCt. verzinst werden und zu deren Sicherheit das bis jetzt angesammelte Vereins-Vermögen — 727 Thlr. — so wie das Privat-Vermögen eines jeden Mitgliedes haftet. Es werden Einlagen im Betrage von 5 Sgr. an angenommen, und da die erforderliche Sicherheit außer Zweifel und der Zinsfuß um ein halbes Procent höher, als bei der städtischen Sparkasse ist, dürfte der Geschäfts-Umfang bald ein bedeutender werden. — Von morgen ab beginnt die jährliche Frühjahrs-Uebung des 1. schlesischen Husaren-Regiments Nr. 4, zu welchem Zwecke die beiden in Strehlen garnisonirenden Escadronen in den umliegenden Ortschaften einquartirt werden. Wie verlautet, soll später noch das breslauer Kürassier-Regiment, sowie die Dragoner aus Oels, Namslau und Kreuzburg in der hiesigen Gegend zusammengezogen werden, um mit dem Husaren-Regiment vereint zu manövriren.

⁎ **Grottkau,** 14. Mai. [Die Regierung und der Erbscholtiseibesitzer Jocksch.] Die königl. Regierung zu Oppeln hat folgende Verfügung erlassen: „Ew. Hochgeboren erwidern wir auf den Bericht vom 31. Januar d. J., daß wir die Uebertragung des Schulzenamtes an den Erbscholtiseibesitzer Jocksch zu Laßwitz nicht für statthaft erachten. Der Letztere gehörte zu den Schulzen, welche den bekannten Wahlaufruf unterzeichnet haben. Aus diesem Grunde war auch gegen den Jocksch die Disciplinaruntersuchung eröffnet, später aber wieder eingestellt worden, weil sich ergeben, daß zur Zeit der Eröffnung nicht er, sondern vielmehr der zweite Erbscholtiseibesitzer Gottschalk das Schulzenamt inne hatte. Wie die Untersuchungs-Acten zeigen, ist Jocksch über seine Betheiligung an dieser Flugschrift gehört worden und hat nicht nur zugestanden, daß er die letztere unterschrieben, sondern auch erklärt, daß er mit dem Inhalte derselben in allen Stücken einverstanden gewesen. **Hierdurch hat er bewiesen, daß es ihm an den erforderlichen Eigenschaften und Fähigkeiten fehlt, wie sie der § 49, Tit. 7, Thl. II. Allg. L.-R. für die Zulassung zum Schulzenamte vorschreibt.** Die Gutsherrschaft, im vorliegenden Falle, die fiscalische Polizei-Verwaltung in Ottmachau ist daher unzweifelhaft berechtigt, einen Stellvertreter für das Schulzenamt zu ernennen, und wir können es gleichfalls nur billigen, daß der zweite Erbscholze Gottschalk, welcher in den letzten drei Jahren das Schulzenamt zur Zufriedenheit verwaltet hat, auch für die nächsten drei Jahre die Schulzengeschäfte fortführe. **Sollte derselbe eine Remuneration beanspruchen, so würde gemäß § 50 l. c. der rc. Jocksch zu deren Gewährleistung verpflichtet sein.** Hiernach wollen Ew. Hochgeboren das Weitere veranlassen."

Oppeln, den 6. März 1865.

Königliche Regierung.

An den königl. Landrath Herrn Grafen v. Sierstorpff Wohlgeboren zu Grottkau.

Der Landrath Gr. zu Sierstorpff hat darauf Folgendes verfügt:

Abschrift vorstehender Entscheidung der königl. Regierung übersende ich Ihnen zur Kenntnißnahme mit dem Eröffnen, daß sich der Erbscholtiseibesitzer Gottschalk endlich bereit erklärt hat, das Schulzenamt auch für die nächsten drei Jahre zu verwalten, jedoch nur gegen eine Remuneration von 20 Thlr. jährlich. Da Sie zur Gewährung der Remuneration nach § 50, Tit. 7, Thl. II. Allg. L.-R. verpflichtet sind, so fordere ich Sie zur Erklärung auf, ob Sie bereit sind, die Remuneration von 20 Thlr. jährlich zu gewähren, oder ob und welche Einwendungen Sie etwa zu machen haben; die, wie ich im Voraus bemerke, nur die **Höhe der Remuneration zum Gegenstande haben können.**

Grottkau, den 5. Mai 1865.

Der königliche Landrath Graf Sierstorpff.

An den Erbscholtiseibesitzer Herrn Jocksch zu Laßwitz.

M. **Lublinitz,** 14. Mai. [Zur Tages-Chronik.] Nicht zwei, sondern 4 Possessionen sind bei dem am 9. d. M. stattgehabten Brande hierselbst von den Flammen vernichtet worden, und außerdem mußten noch drei Gebäude abgetragen werden, um die Weiterverbreitung des Feuers zu verhüten. Der Brandstiftung verdächtig ist ein 20jähriger Lehrbursche, welcher zuerst den Ausbruch des Feuers bemerkt hatte und sich bei seiner polizeilichen Vernehmung in erhebliche Widersprüche verwickelte; die Verhaftung desselben ist erfolgt. — Se. Durchlaucht der Prinz Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen ist von seiner Reise wieder zurückgekehrt und empfängt heute in Koschentin mehrere Einwohner hiesiger Stadt, so wie verschiedene Rittergutsbesitzer. — Einem allerdings unverbürgten Gerüchte nach steht der Abgeordnete Justiz-Rath Wagener mit dem Besitzer der Herrschaft Gwosdzian, Geh. Commerzienrath v. Löbbecke, wegen Ankaufes der genannten Herrschaft in Unterhandlung. — Nach einer im hiesigen „Kreisblatte" enthaltenen Mittheilung findet am 27. d. M. in Gwosdzian, woselbst eine baierische Bier-Brauerei besteht, ein Bierfest statt, zu welchem alle Anhänger Gambrinus geladen sind. — Voraussichtlich wird aus unserem Städtchen eine rege Betheiligung an dem Feste stattfinden.

—r. **Namslau,** 15. Mai. [Waldbrand.] Gestern Früh brach auf bis jetzt unbekannte Weise in einer dem Major a. D. von Busse in Polnisch-Marchwitz, hiesigen Kreises, gehörigen Waldung ein Feuer aus, welches ca. 7 Morgen einer 15jährigen Schonung verzehrte. Der Weiterverbreitung des Feuers wurde durch das Ziehen von Gräben Einhalt gethan.

Breslau, 16. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 3 Z. U.-P. 1 F. 6 Z.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 15. Mai 10 U. Ab.	329,82	+14,6	W. 1.	Trübe. Wetterl.
16. Mai 6 U. Mrg.	329,62	+13,6	SO. 1.	Bewölkt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war fast geschäftslos, aber ziemlich fest. Die 3proz. begann zu 67, 65, wich bis 67, 60 und schloß ziemlich fest zur Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89½ gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 70. Ital. 5proz. Rente 66, 05. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier 39. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 447, 50. Credit-Mobilier-Aktien 790, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 551, 25.

London, 15. Mai, Nachm. 4 Uhr. Consols 89⅝. 1proz. Spanier 39¼. Sardinier 79. Mexikaner 26⅛. 5proz. Russen 90½. Neue Russen 89½. Silber 60⅝. Türk. Consols 48⅝ excl. Div. 6proz. Ver. Staaten-Anl. pr. 1882 64¾.

Der Westindien-Dampfer „Tasmanian" ist mit einer Baarfracht von 879,265 Dollars in Southampton eingetroffen.

Wien, 15. Mai, Nachm. 2 Uhr Galizier animirt. Schluß-Course: 5proz. Metall. 71, 60. 1854er Loose 88, —. Bank-Aktien 806, —. Nordbahn 182, 60. Nat.-Anl. 76, 50. Credit-Aktien 185, 60. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 191, 30. Galizier 213, 20. London 109, 55. Hamburg 81, 30. Paris 43, 50. Böhm. Westbahn 168, 25. Credit-Loose 126, 10. 1860er Loose 93, 85. Lomb. Eisenbahn 235, —. Neues Lotterie-Anl. —.

Frankfurt a. M., 15. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Fest. Die Medio-Regulirung ging gut von statten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 108. Finnländische Anleihe 85⅛. Neue 4½proz. Finnländische Pfandbriefe 84¼. 6proz. Ver. Staaten-Anl. pr. 1882 70. Oesterr. Bank-Anth. 869. Oesterr. Credit-Aktien 199⅛. Darmst. Bank-Aktien 228⅛. Oesterr.-Französ. Staats-Eisenbahn —. Oesterr. Elisabet-Bahn 123¼. Böhmische Westbahn 78. Rhein-Nahebahn 30½. Ludwigsh.-Berbach 149¾. Hess. Ludwigsbahn 133¾. Darmst. Zettel-Bank 254½. 1854er Loose 79⅜. 1860er Loose 87. 1864er Loose 96⅝. Oesterr. Nat.-Anl. 68½. 5proz. Metall. 63¾. 4½proz. Metall. 57¾.

Hamburg, 15. Mai, Nachm. 2½ Uhr. Börse fester und lebhafter. — Wetter warm, aber regnerisch. Schluß-Course: National-Anl. 69⅝. Oesterr. Credit-Aktien 84⅞. Oesterr. 1860er Loose 86¼. Vereinsbank 106¼. Norddeutsche Bank 116½. Rheinische 114¼. Nordbahn 75. Finnl. Anl. 84. 6proc. Ver. St.-Anl. pr. 1862 63¾. Diskonto 2½, 2¼.

Hamburg, 15. Mai. [Getreidemarkt] ruhig. Weizen Mai-Juni 5400 Pfd. netto 94 Bancothaler Br., 93½ Gld. Pr. Sept.-Okt. 102 bez., Br. u. Gld., fest. Roggen Frühjahr 5100 Pfd. brutto 80 Br. u. Gd., pr. Sept.-Okt. 69 Br. u. Gd. Ab Danzig pr. September zu 63, pr. Mai zu 58—57 offerirt. Oel stille, Mai 28 bis 27⅞, Okt. 27⅞—27¾. Kaffee ruhig. Zink 3000 Ctr. loco, 1000 Ctr. pr. Mai-Juni 13⅜, 2000 Ctr. per Juli-August, 500 Ctr. P. H. 13½.

Liverpool, 15. Mai, Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] 8000 Ballen Umsatz. Markt fest. Amerikanische 14, fair Dhollerah 10½, middling fair Dhollerah 9¼, middling Dhollerah 8, Bengal 6, Scinde 6¼, Domra 10½, Pernam 13¾, Egyptische 13½, China 8½.

London, 15. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen einen Schilling theurer, fremder unverändert. Gerste und Hafer einen halben Schilling billiger. Bohnen und Erbsen einen Schilling höher. — Wetter veränderlich.

Amsterdam, 15. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert Roggen loco fest, auf Termine matter. Raps Oktober 76½. Rüböl Herbst 41¾.

Berlin, 15. Mai. War auch heute wieder mehr Ruhe im Bericht bemerkbar, so hatte doch die Börse an Festigkeit nichts eingebüßt. Die Hauptbewegung fand in Galiziern statt, für welche bei großen Umsätzen bis mehrere Procent mehr bewilligt wurde, da die Festsetzung der Dividende auf 8 Fl. hiesige und wiener Speculations-Ankäufe zur Folge hat. Sonst trat von den österreichischen Papieren keines hervor, wiewohl man für Credit-Actien bessere Preise bewilligte; wird doch auch die wiener Börse als still und fest bezeichnet, (Credit 185. 70. Galizier 212. 25—212, 1860er Loose 93. 90. London 109. 40.) amerik. 6proc. Anleihe erreichte eine etwas höhere als die sonnabendliche Schlußnotiz, aber nicht hervortretende Beachtung, mehr war dies bei russ. Präm.-Anleihe der Fall. Von Eisenbahnactien läßt sich hervorheben, daß Potsdamer, mehr aber noch Halberstädter sich einer namhaften Preissteigerung rühmen können, und daß in letzteren auch der Verkehr sich auf größere Summen ausdehnte. Das bekannte Motiv der Fusion, wobei nach neueren Vorschlägen auf die Halberstädter 13½ Thlr. prioritätisch gezahlt werden sollen, wurde in einer Weise ausgenützt, als ob die Verwirklichung dieses Planes unbedenklich erscheine, eine Ansicht, die wir nicht vollständig zu theilen in der Lage sind. Sonst waren auch Nordbahn in regerem Handel bei gehobenem Course und zum Theil noch Neisser, andere Bahnactien hingegen, wie Oberschlesische, Hamburger, Bergisch-Märkische, Rheinische, Berbacher matter. Von Bank- und Creditpapieren handelte man fast immer nur kleine Summen, wobei neben unwesentlichen Preisabschlägen auch mehrfache Preiserhöhungen zugestanden werden mußten. In preuß. Fonds herrschte Leblosigkeit, der Coursstand war unverändert, nur Prämien-Anleihe ¼ billiger. Die Discontorate hält sich auf 3¼ pCt.

(B.- u. H.-Z.)

Berlin, 15. Mai. Weizen loco 45-61 Thl. nach Qualität, hochbunter poln. 59¼ Thl. ab Kahn bez., feiner bunter poln. 56 Thl. ab Kahn bez. — Roggen loco 82—83pfd. 37¼—37 Thl. Kleinigkeit bez., schwimmend vor dem Kanal 1 Ladung 82pfd. 37⅞ Thl. bez., pro Mai, Frühjahr und Mai-Juni 37⅜—½—36¾—37¼ Thl. bez., Juni-Juli 39—38—¼ 37⅝—⅞ Thl. bez., Juli-Aug. 38¾—39⅛—38¾—⅞ Thl. bez. und Gld., 38 Thl. Br., Sept.-Okt 40½—¾—¼—½ Thl. bez. und Gld., ¾ Thl. Br., Okt.-Nov. 40½—¾ Thl. bez. und Br., ½ Thl. Gld. — Gerste, große und kleine 29—35 Thl. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 26—28½ Thl., warthebrucher 27¼ Thl., pomm. 27—28 Thl. ab Bahn bez., Lieferung pr. Frühjahr 27⅛—¼—27 Thl. bez. u. Gld., ¼ Thl. Br., Mai-Juni 25⅞ bez., Juni-Juli 25¾ Thl. bez., Juli-Aug. 25½ Thl. bez, Sept.-Okt. 24½ Thl. bez. — Erbsen, Kochwaare 52—57 Thl., Futterwaare 48—50 Thl. — Rüböl loco 11 11/12 Thl. Br., Mai und Mai-Juni 12⅞—¾—⅚ Thl. bez. und Br., ¾ Thl. Gld., Juni-Juli 13⅛—12 11/12—23/24 Thl. bez., Juli-Aug. 13⅓—⅙ Thl. bez., Sept.-Okt. 13⅜—½—13/24 Thlr. bez. und Gld., 7/12 Thl. Br., Okt.-Nov. 13⅝ Thl. Br. — Leinöl loco 12¼ Thl. — Spiritus loco ohne Faß 13¾—⅔ Thl. bez., Mai und Mai-Juni 13¾ Thl. bez. und Gld., ⅚ Thl. Br., Juni-Juli 13 23/24—⅞ Thl. bez. und Gld., 13 23/24 Thl. Br., Juli-Aug. 14 5/12—⅓ Thl. bez., Br. und Gld, Aug.-Sept. 14¾—⅔ Thl. bez. und Gld., ¾ Thl. Br., Sept.-Okt. 14 11/12—⅞ Thl. bez.

Weizen in gedrückter Stimmung. Für Lieferungs-Roggen griff unter Fortsetzung des vorgestrigen Rückganges eine allmähliche, vorzugsweise aber auf die näheren Termine sich ausgehnende Flaue Platz. Man fing mit ¼ Thl. niedrigerem Course an, wurde vorübergehend etwas besser gestimmt, dann wieder unter Fluctuationen sehr matt und gegen Sonnabend-Preise 1 Thl. billiger. Grund für diesen so flauen Markt waren stärker auftretende Realisationslust, hauptsächlich aber schlechte Empfangnahme der heutigen Kündigung von 22,000 Ctnr. Zum Schlusse holte der Markt von der nicht unbedeutenden Einbuße bei einiger Festigkeit wieder ⅛ Thl. ein. Effectiv-Waare war Mangels Offerten in feiner Waare ohne sonderliche Geschäftsausdehnung, an die mehr angebotenen und abfallenden Sorten scheut man sich heranzugehen. Hafer loco in guter Frage. In Terminen wurde Frühjahr ferner besser bezahlt, in späteren Sichten mehr Angebot und matt. Gekündigt 1800 Ctnr.

Rüböl war flau und weichend. Die stärkere Anmeldung drückte auch für diesen Artikel besonders deprimirend auf die nahen Sichten, und führte einen Rückschlag von ¼ Thl. herbei. Herbst büßte durch das größere Angebot auch ⅛ Thl. ein. Gekündigt 2500 Ctnr. Spiritus schloß sich von der flauen Strömung aus; er war zwar damit nicht fest, ein Preisdruck aber kaum zu merken. Der Verkehr blieb ohne Leben. Gek. 30,000 Quart.

Berliner Börse vom 15. Mai 1865.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	101¾ G.
Staats-Anl. von 1859	5	105⅞ bz.
dito 1850, 52	4	98⅞ bz.
dito 1853	4	98⅞ bz.
dito 1854	4½	102 bz.
dito 1855	4½	102 bz.
dito 1856	4½	102 bz.
dito 1857	4½	102 bz.
dito 1858	4½	102 bz.
dito 1864	4½	102 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	90½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	129 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102¼ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	86¼ bz.
Pommersche	3½	86⅛ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	95¾ bz.
Schlesische	3½	91¼ bz.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	97½ bz.
Pommersche	4	97¼ bz.
Posensche	4	96¼ bz.
Preussische	4	97⅝ bz.
Westph. u. Rhein.	4	98 G.
Sächsische	4	98⅞ B.
Schlesische	4	98¾ B.
Louisd'or 111¼ G.		Oest.Bkn. 93⅛ b.
Goldkronen 9. 9½ G		Poln.Bkn. — —

Ausländische Fonds

Oesterr. Metalliques	5	66¼ bz.
dito Nat.-Anl.	5	70⅞ bz. u. G.
dito Lott.-A v. 60	5	87⅛ bz. u. G.
dito dito 64	—	55¼ B.
dito 54er Pr.-A.	4	82 B.
dito Eisenb.-L.	—	77¾ G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	65¼ à 65 bz
Russ. Engl. Anl. 1862	5	90⅞ bz. u. B.
dito Holl. Anl. 1864	5	93¼ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	73¾ bz.
Poln.-Pfandbr. III. Em.	4	75 bz. u. G.
Poln. Obl. à 500 Fl	4	90¾ B.
dito à 300 Fl.	5	93 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	56¼ etw bz. B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	70¾ 71à70¾ bz
Schwed. 10Th Loose	—	— —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	101 G
dito II.	4½	100¾ G.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	83 bz. u. B.
Cöln-Minden	4½	101 G.
dito II.	5	103½ bz.
dito	4	94 B.
dito III.	4	93 B
dito	4½	100¾ G.
dito IV.	4	92 G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	89½ bz.
dito III. Em.	4½	— — —
Galiz. Ludwigsb	5	88¼ G.
Niederschl.-Märk.	4	96¾ bz.
dito conv.	4	96¾ bz.
dito III.	4	94¾ B.
dito IV.	4½	101 G.
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	102⅜ bz.
Oberschles. A.	4	96 G.
dito B.	3½	85½ B.
dito C.	4	95½ G.
dito D.	4	95½ G.
dito E.	3½	83¾ G.
dito F.	4½	101¼ B
Oest.-Franz.	3	262½ à263 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	249 bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	100¼ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1863	1864	Zf.	
Aachen-Düsseld.	3½	4 7/30	3½	101 G.
Aachen-Mastrich	—	—	4	46 bz. u B.
Amsterd.-Rottd.	6¼	6 19/20	4	120½ G.
Berg.-Märkische	6½	7½	4	135¼ B.
Berlin-Anhalt	9¾	11⅚	4	191 bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	90 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	99¾ bz.
Berlin-Hamburg	7¼	10	4	144¼ B.
Berl.-Potsd.-Mg.	14	16	4	226 bz.
Berlin-Stettin	8⅛	8⅓	4	136½ bz. (i. D)
Böhm.-Westb.	—	—	5	78¾ bz.
Breslau-Freib.	7½	8⅔	4	143½ bz.
Cöln-Minden	12 11/12	—	3½	218 G.
Cosel-Oderberg	1½	¾	4	62¼ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	92 B.
Galiz. Ludwigsb.	6	—	5	98¾ Anf. etw. 103
Ludwigsh.-Bexb.	9	9⅕	4	149 B. [99½ bz.
Magd.-Halberst.	22⅔	25	4	247½ à 248½ bz.
Magdb.-Leipzig	17	—	4	265½ bz
Mainz-Ludwigsh	7	—	4	130½ bz.
Mecklenburger	2½	3½	4	82⅜ bz.
Neisse-Brieger	4½	4⅓	4	92½ bz.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	96¾ G.
Niederschl. Zwgb	2⅔	—	4	84½ bz.
Nordb., Fr.-Wilh.	3 7/12	—	4	75½ à 76¼ bz.
Oberschles. A	10½	10	3½	173¾ bz.
dito B.	10½	10	3½	154¾ B.
dito C.	10½	10	3½	173¾ bz.
Oestr.-Fr. St. B.	5	—	5	118à¼ bz. u. G.
Oest. südl. St.-B.	8	—	5	144¼à½ bz. i. C.
Oppeln-Tarn	2½	3¼	4	81¼ bz.
Rheinische	6	—	4	115 bz.
dito Stamm-Pr.	6	—	4	116 G.
Rhein-Nahebahn	—	—	4	29⅛ bz.
Rhr. Crf. K. Gldb	5	6⅔	3½	102½ G.
Stargard-Posen	4⅚	—	3½	98 bz.
Thüringer	7⅗	8	4	134¼ B.
Warschau-Wien	—	—	5	70¼ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	6	7 1/10	4	130 G.
Braunschw. B.	—	—	4	85 G.
Bremer Bank	5⅘	7 8/10	4	115¾ G.
Danziger Bank	6	7½	4	116 B.
Darmst. Zettelb.	6	8	4	102 B.
Geraer Bank	7	8	4	106¼ etw. bz.
Gothaer „	6½	7	4	101 G.
Hannoversche B.	5⅕	5⅔	4	98¾ B.
Hamb. Nordd. B.	6⅝	7⅝	4	116¼ B.
„ Vereins-B.	6 13/32	7 21/32	4	106 G.
Königsberger B.	5⅘	6¾	4	110 G.
Luxemburger B.	9	4	4	85 G.
Magdeburger B.	4½	5 9/10	4	101½ G.
Posener Bank	5 8/15	7	4	101 G.
Preuss. Bank.-A.	7 37/40	10 19/20	4½	145½ bz.
Thüringer Bank.	4	4	4	77¼ G.
Weimar „	5½	7	4	101 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	111½ bz. u. G.
Coburg. Credb. A.	7	8	4	95⅞ B.
Darmstädter „	5½	6	4	92⅛ G.
Dessauer „	—	—	—	2 p. St. bz. G.
Disc.-Com.-Ant.	6½	—	4	103⅛ G.
Genfer Credb. A.	1	—	4	41 bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	85¼ bz.
Meininger „	7	7¼	4	102 bz.
MoldauerLds.-B.	2½	—	4	33 bz.
Oesterr. Credb. A.	6	—	5	86⅜ à ¼ bz.
Schl. Bank-Ver.	6	6½	4	109¾ G.
Minerva	—	—	5	35 etw. bz.
Fbr. v. Eisenbbfd.	8	8½	5	118¾ G.
Schles. Feuerv.	—	8	4	— — —

Breslau, 16. Mai. Wind: Süd-West. Wetter: schön. Thermometer Früh 8 Grad Wärme. Bei stillem Geschäftsverkehr blieben die Preise am heutigen Markte im Allgemeinen unverändert.

Weizen unverändert, pr. 84 Pfd. weiße bruchfreie Waare 65—70 Sgr., wenig erbrochene 56—60 Sgr., erwachsene 52—54 Sgr., gelbe bruchfreie Waare 62—64 Sgr., wenig erbrochene 54 bis 58 Sgr., erwachsene 46—49 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen ruhiger, pr. 84 Pfund 44—45 Sgr., feinste Sorte 47 Sgr. und darüber. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. weiße 37—39 Sgr., helle 34—35 Sgr., gelbe 32—33 Sgr. — Hafer mehr beachtet, pr. 50 Pfd. 26—29 Sgr, feinster über Notiz bezahlt. — Erbsen schwacher Umsatz. — Wicken angeboten, 59—60—62 Sgr. — Oelsaaten ohne Umsatz. — Lupinen wenig zugeführt. — Schlesische Bohnen gesucht. — Schlaglein schwacher Umsatz. — Rapskuchen sehr gefragt, 55 bis 57 Sgr. pr. Ctr.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen, alter	60—65—74	Erbsen	58—60—66
„ „ neuer	62—68	Wicken	62—64—70
Gelber Weizen, alter	60 64—69	Lupinen	45—60—75
„ „ neuer	58—65	Bohnen	70—80—92
Erwachsener Weizen	46—50—56		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	43—44—46	Schlag-Leinsaat	160—180—190
Gerste	32—34—39	Winter-Raps	— — —
Hafer	26—28—30	Winter-Rübsen	— — —

Kleesaat ohne Frage, rothe ordinäre 16—19 Thlr., mittle 21—23 Thlr., feine 26—29 Thlr., hochfeine über Notiz bezahlt, — weiße ordinäre 13 bis 14½ Thlr., mittle 15½—17½ Thlr., feine 18½—20½ Thlr., hochfeine 21½ Thlr. und darüber pr. Centner.

Thymothee schwacher Umsatz, 12—14½ Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 20—24 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Vor der Börse.

Robes Rüböl pr. Ctr. loco 13 Thlr., pr. Mai 13 Thlr., pr. Herbst 13¾ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 12⅝ Thlr., Mai 13 Thlr., Herbst 14¼ Thlr.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.